

KONZEPT

zur Aus-, Fort- und Weiterbildung
der schleswig-holsteinischen Landes- und Kommunalverwaltungen

im Thema

„Europafähige Kommune“



InForM

Institut für Fortbildung und Verwaltungs-Modernisierung
an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung

Juli 2007

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Einleitung	1
2. Netzwerk „Europafähige Kommune“	1
3. Das Europa-Angebot für die öffentliche Verwaltung in Schleswig-Holstein	1
3.1. Ausbildung der FHVD und der VAB	1
3.2. Fortbildung der FHVD und der VAB.....	2
3.3. Angebote der Volkshochschulen.....	2
3.4. Angebote der Landeszentrale für Politische Bildung	2
3.5. Angebote mit BFQG-Freistellung	3
3.6. Angebote der Investitionsbank.....	3
3.7. Infobriefe und Homepages.....	3
4. Maßnahmen zur Intensivierung der Thematik „Europafähige Kommune“ in der Aus-, Fort- und Weiterbildung	3
4.1. Europa als Querschnittsthema behandeln	3
4.2. Anbieterspezifische Angebote und Vernetzung der Anbieter.....	5
4.3. Führungskräfte als Multiplikatoren für Eurothemen	6
4.4. EU-Qualifikation in den Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen	6
4.5. Jour fixe zwischen Fortbildnern und Kommunalen Landesverbänden/Ministerien	7
4.6. EU-Öffentlichkeitsarbeit in den Facharbeitsgemeinschaften und Ausschüssen der kommunalen Landesverbände.....	7
4.7. Aufbau einer „EU-Vorausschau“	8
4.8. Installierung einer zentralen Plattform: „EU-Google“	8
4.9. Zentrale Veranstaltungen zu EU Themen	9
5. Fazit	10
ANHANG	11
1. Curriculum der FHVD im FB Allgemeine Verwaltung.....	11
2. Curriculum der VAB	17
3. Fortbildungsangebot 2007 InForM	19
4. Fortbildungsangebot 2007 VAB	27
5. Sprachkursangebote der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein.....	30
6. Angebote der Landeszentrale für Politische Bildung	34
7. Bildungsfreistellungsveranstaltungen.....	39
8. Beratungsangebote der Investitionsbank.....	43
9. Homepages und Infobriefe für Schleswig-Holstein	49

1. Einleitung

Im August 2004 hat eine von der Staatskanzlei und den Kommunalen Landesverbänden eingesetzte gemeinsame Expertengruppe ihren Abschlussbericht zur „Europafähigen Kommune in Schleswig-Holstein“ vorgelegt.

Die Expertengruppe empfiehlt besonders für die Aus-, Fort- und Weiterbildung im kommunalen Bereich eine gemeinsame Weiterbildungsoffensive verschiedener Anbieter,

„insbesondere von Verwaltungsfachhochschule, Landesverband der Volkshochschulen, Landeszentrale für politische Bildung, Investitionsbank Schleswig-Holstein und BSH mbH und ergänzt durch weitere Mitglieder der Weiterbildungskommission zum Thema Europafähigkeit der Kommunen ...“

(Europafähige Kommune in Schleswig-Holstein. Abschlussbericht der Expertengruppe, August 2004, S. 18)

Das Institut für Fortbildung und Verwaltungsmodernisierung (InForM) an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung hat im Januar 2007 eine Arbeitsgruppe zu dieser Empfehlung organisiert und geleitet.

2. Netzwerk „Europafähige Kommune“

Die genannte Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus Vertretern der Kommunalen Landesverbände (KLV), der Ministerien für Justiz, Arbeit und Europa sowie für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, des Landesverbandes der Volkshochschulen, der Investitionsbank sowie Vertretern aus der Aus- und Fortbildung der FHVD und der VAB (Ausbildungszentrum für Verwaltung (AZ)).

Die Arbeitsgruppe hat gemeinsam Vorschläge zur Intensivierung der Europafähigkeit für die Landes- und Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein entwickelt, die in das vorliegende Konzept eingeflossen sind. Bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung kann in der Regel nicht auf bereits vorhandene Europakennnisse aufgebaut werden, da über die schulische Bildung eher lückenhafte bzw. keine Vorkenntnisse vermittelt werden. Ein Hauptergebnis der gemeinsamen Überlegungen ist die Erkenntnis, dass bereits ein umfangreiches Angebot zu Europathemen existiert, das aber stärker untereinander abgestimmt werden muss und das stärker insbesondere konkretes Handlungswissen auch vorausschauend anbieten sollte. Dazu müsste ein Netzwerk für die Intensivierung der „Europafähigen Kommune“ in Schleswig-Holstein gebildet werden, welches die Umsetzung und Weiterentwicklung der Vorschläge im vorliegenden Konzept begleitet und für entsprechende Teilbereiche jeweils die Verantwortung übernimmt. Die Geschäftsführung könnte vorerst von dem Projekt Informdoku (bis Ende 2007) übernommen werden. Im Anschluss wird die Geschäftsführung durch einen Vertreter der Landesregierung, der KLV (Frau Zempel) und des AZ für Verwaltung (Frau Peters) gebildet.

3. Das Europa-Angebot für die öffentliche Verwaltung in Schleswig-Holstein

Die Ist-Analyse des bestehenden Angebotes an Aus-, Fort- und Weiterbildung in Schleswig-Holstein zeigt eine große Anzahl und reiche Palette an Angeboten verschiedener Anbieter zu europäischen Themen.

3.1. Ausbildung der FHVD und der VAB

Die Studierenden im Fachbereich Allgemeine Verwaltung an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD) – also der Ausbildungsbereich gehobener Dienst - erwerben bereits im Grundstudium grundlegende Kenntnisse im Staats- und Europarecht.

Im Hauptstudium haben sie die Möglichkeit, über die Wahl des Studienschwerpunktes Recht, ihre Kenntnisse im „Europa-, Staats- und Kommunalrecht“ zu vertiefen. Anders als im Grundstudium wird hauptsächlich Europarecht unterrichtet. Bei einer Wahl des alternativen Studienschwerpunktes Betriebswirtschaft erfolgt kein weiterer Pflichtunterricht für die Studierenden zum Europarecht. Es besteht aber die Möglichkeit aus einer Auswahl von sechs frei wählbaren Schwerpunktfächern, das Fach „Wirtschaftsförderung“ zu wählen. In diesem Fach geht es auch um EU-Fördermittel, die aus dem EU-Strukturfonds stammen und in Landesförderprogramme integriert werden, ferner um europarechtliche Auswirkungen auf das Zuwendungsrecht oder das EU-Beihilferecht. Diese Möglichkeit wurde bisher jedoch von den Studierenden nicht ausreichend nachgefragt (vgl. [Curriculum der FHVD im FB Allgemeine Verwaltung im ANHANG](#)).

An der Verwaltungsakademie Bordesholm (VAB) – also die Ausbildung im Bereich Beschäftigte (mittlerer Dienst) - wird Europarecht im Zusammenhang mit Staatsrecht gelehrt. Die Lerninhalte für das Thema EU umfassen ca. 10% des entsprechenden Gesamtstoffes. Inhaltlich wird von den obersten deutschen Bundesorganen zu den Organen der Europäischen Union und zum Gesetzgebungsverfahren in der Bundesrepublik und der EU vergleichend Bezug genommen (vgl. [Curriculum der VAB zu Europa im ANHANG](#)).

3.2. Fortbildung der FHVD und der VAB

Im Fortbildungsangebot des Institutes für Fortbildung und Verwaltungsmodernisierung (InForM) der FHVD gibt es ein eigenes Modul zum Thema „Europäische Integration“. Dieses umfasst neben dem Basiswissen sowohl wirtschaftliche als auch rechtliche Europathemen sowie einen Grund- und Aufbaukurs zu Verwaltungsendglish. Europäische Rechtsaspekte werden darüber hinaus in den Fortbildungsseminaren des Moduls „Rechtsgrundlagen des Verwaltungshandelns“ berücksichtigt, so z.B. beim Vergaberecht oder beim Zuwendungsrecht (vgl. [InForM-Modul „Europäische Integration“ im ANHANG](#)).

Im Fortbildungsangebot der VAB gibt es zwei Angebote, die schon im Titel als Europaseminare zu identifizieren sind: Dabei handelt es sich um die „Europaweite Ausschreibung von Versicherungsdienstleistungen“ und den „Einfluss des Europarechts auf die kommunale Praxis“. Ähnlich wie im Angebot von InForM behandeln viele andere Fortbildungsangebote europarechtliche Fragen und Rechtsgrundlagen, z.B. im Bauwesen, im Haushalts-, Vergabe- und Zuwendungsrecht (vgl. [Seminarangebote der VAB zu Europa im ANHANG](#)).

Beide Fortbildungseinrichtungen stellen fest, dass ihre Seminarangebote zu „Europa und Europarecht im Allgemeinen“ eher wenig nachgefragt werden. Die Nachfrage ist dagegen groß, wenn eine direkte Betroffenheit gegeben ist, wie z.B. beim Thema Vergaberecht.

3.3. Angebote der Volkshochschulen

Die Volkshochschulen in Schleswig-Holstein bieten eine reiche Palette an Sprachkursen und Sprachprüfungen an (vgl. [VHS-Datenreport 2005 „Belegungen im Programmbereich Sprachen“ und „Prüfungszertifikate bei Sprachprüfungen“ im ANHANG](#)).

Belegungsspitzenreiter bei den Sprachkursen ist und bleibt Englisch, gefolgt von Spanisch, Französisch, Italienisch, Dänisch und Schwedisch.

3.4. Angebote der Landeszentrale für Politische Bildung

Die Landeszentrale für Politische Bildung hat für das Jahr 2007 zwölf Angebote zum Stichwort „Europa“ im Programm. Die Angebote „Europa-Lehrer-Seminar“ (drei Seminare über das Jahr verteilt) und „Wir in Europa“ (ebenfalls drei Seminarangebote) sind mit Aufenthalten in Brüssel, Strassburg und Luxemburg verbunden, um die wichtigsten Europäischen Institutionen zu besuchen (vgl. [Angebot der Landeszentrale für Politische Bildung für das Jahr 2007 im ANHANG](#)).

3.5. Angebote mit BFQG-Freistellung

Eine Recherche zu den Bildungsfreistellungsveranstaltungen im Juli 2007 hat ergeben, dass sich im Zeitraum vom 01.01.2006 bis 30.06.2007 von den landesweit 4.500 Veranstaltungen 92 mit dem Themenbereich Europa befassen, das sind 2,0 %. Diese wären inhaltlich zum größten Teil dem Bereich der politischen Bildung zuzuordnen (vgl. [Bildungsfreistellungsveranstaltungen im ANHANG](#)).

3.6. Angebote der Investitionsbank

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat sich als zentrales Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein auf die wachsende Bedeutung regionaler EU Aktivitäten eingestellt. Für Kommunen und Wirtschaft stellt sie eine breite Angebotspalette von EU Beratungs-, Betreuungs- und Finanzierungsdienstleistungen zur Verfügung. Dazu gehören auch verschiedene Seminarangebote, beispielsweise zu Förderprogrammen der EU für Städtepartnerschaften (vgl. [Internetseite der I-Bank mit den Angeboten im ANHANG](#)).

3.7. Infobriefe und Homepages

Es existieren inzwischen viele Informationsportale zu EU Themen. Für Schleswig-Holstein ist neben den EU Seiten der oben genannten Investitionsbank insbesondere das Portal der Europaabteilung des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa sowie die Seiten des Hanse Office, der gemeinsame Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein bei der Europäischen Union, von besonderem Interesse. Zusätzlich werden regelmäßig elektronische Infobriefe herausgegeben (insbesondere der Eurobrief Schleswig-Holstein), die Aufnahme in den Verteiler ist einfach und problemlos (vgl. [Homepages und Infobriefe für Schleswig-Holstein im ANHANG](#)).

4. Maßnahmen zur Intensivierung der Thematik „Europafähige Kommune“ in der Aus-, Fort- und Weiterbildung

Die dargelegten Angebote der Anbieter zeigen, dass das Angebot an EU Themen in Schleswig-Holstein reichhaltig und vielfältig ist. Viele dieser Fortbildungs- und Ausbildungsangebote zu EU Themen können andererseits nicht realisiert werden, da sie gar nicht oder viel zu wenig nachgefragt werden. Und Infobriefe und Internetportale existieren zwar, sind aber offensichtlich viel zu wenig bekannt

4.1. Europa als Querschnittsthema behandeln

Die Expertengruppe empfiehlt in ihrem Abschlussbericht zur „Europafähigen Kommune in Schleswig-Holstein“ bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung zum Thema Europa den Aspekt der Vermittlungspsychologie einzubeziehen (S. 17). Dabei soll nicht ein negatives „Defizit-Modell“ wirken („ich muss zur Fortbildung, weil mir Kenntnisse fehlen“), sondern die positive Vermittlung eines Mehrwerts und Nutzens von europäischen Themen für die eigene Aufgabenwahrnehmung im Vordergrund stehen.

Die Arbeitsgruppe unterstützt diese Herangehensweise, sieht aber darüber hinaus eine größere Vermittlungschance von europäischen Themen, wenn diese als Querschnittsthema in allen entsprechenden Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten behandelt werden. Die Grundlagen zu Europa und Europarecht (Rechtssystematik) sollten weiterhin den soliden Einstieg in die Europathematik ermöglichen, ansonsten sollte nicht das Thema „Europa“, sondern die Sachfrage zum Thema des Fortbildungsangebotes gemacht werden.

Europa als Querschnittsthema in der Fort- und Weiterbildung

Die Erfahrungen der Fortbildungsanbieter zeigen, dass Thematiken mit europarechtlichem Hintergrund sehr stark nachgefragt werden, wenn sie Bestandteil der täglichen Aufgabenerfüllung sind. Bei „allgemeinen Europathemen“ wie z.B. Europarecht scheint subjektiv der

unmittelbar wahrgenommene Nutzen für die Aufgabenerfüllung am Arbeitsplatz nicht sofort ersichtlich, so dass die Nachfrage hier eher gering ist.

Vorschläge und weiteres Vorgehen:

- Europa ist ein Querschnittsthema und muss selbstverständlicher Bestandteil aller infrage kommenden Fort- und Weiterbildungsangebote sein. InForM und die VAB werden ihr gesamtes gemeinsames Seminarprogramm 2008 daraufhin überprüfen und mit den Referenten/innen abstimmen. Europäische Fragestellungen sollen explizit unter den Stichworten „Themenkreis“ bzw. „Inhalte der Veranstaltung“ benannt werden.
- Grundlagen des Europarechts (Rechtssystematik) sind weiterhin ein eigenes Thema, da das Angebot einer soliden Grundlage unabdingbar ist, auch wenn die Nachfrage bisher eher gering ist. Durch die Zusammenlegung der beiden Fortbildungsanbieter InForM und VAB zum 1.1. 2008 können diese Angebote eher realisiert werden, da die Nachfrage bei beiden Anbietern in ein gemeinsames Fortbildungsangebot eingebracht wird.
- Nicht „Europa“ anbieten, sondern die Sachfragen zum Thema der Fortbildung machen!
Beispiel 1: Zuwendungsrecht des Landes → In dieses Thema die Lissabon-Strategie, die Strukturfonds-Verordnungen und die hierzu erlassenen Leitlinien integrieren!
Beispiel 2: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) → Das AGG eignet sich sehr gut, um europarechtliche und deutschlandspezifische Aspekte aufzuzeigen und Europa so als Querschnittsthema zu nutzen. Der schon bestehende hohe Diskriminierungsschutz des deutschen Arbeitsrechts findet sich im arbeitsrechtlichen Teil des AGG wieder, dagegen fehlte bisher in Deutschland weitgehend ein Diskriminierungsschutz im Zivilrecht, der durch die europäischen Vorgaben im AGG nun ergänzt wird.
- Es müssen mehr Fortbildungen zu den Förderprogrammen angeboten werden. Hier sollten nicht nur Informationen zu den Förderprogrammen gegeben, sondern auch Fragen zur Abwicklung der Programme behandelt werden. Eine Kooperation zwischen den Fortbildungsanbietern und der Investitionsbank soll bei dieser Fortbildung realisiert werden.
- Es gibt einen Nachholbedarf für ältere Mitarbeiter/innen, die Europathemen nicht über ihre Ausbildung erfahren haben. Dieser Nachholbedarf ist insbesondere im Bereich „Förderprogramme“ hoch.
- Es fehlen Fort- und Weiterbildungsangebote im „mittleren Bereich“; benötigt wird ein Angebot zwischen allgemeinen Informationen zu Europa und den akut benötigten Schulungen zu dringenden punktuellen Sachfragen.
- Die Fortbildungsanbieter sollten einen „Instrumentenkasten“ im Hintergrund parat haben, denn die Nachfrage kommt dann, wenn die „Not“ da ist. Dieser Instrumentenkasten benötigt zum einen das Wissen um anstehende europäische Initiativen, damit die Fortbildung schon im Vorfeld der Umsetzung in den Verwaltungen Seminare planen kann (vgl. Kapitel 4.5. Jour fixe zwischen Fortbildnern und Kommunalen Landesverbänden/Ministerien), zum anderen einen Pool von Experten und Expertinnen zu den Themen, die als Dozenten/Dozentinnen eingesetzt werden können (vgl. Kapitel 4.8. Installation einer zentralen Plattform: „EU-Google“, für die ein Expertenpool vorgesehen ist).

Europa als Querschnittsthema in der Ausbildung:

In der Ausbildungsverordnung des FB Allgemeine Verwaltung an der FHVD ist bereits vorgeschrieben, dass „inter- und supranationales Recht bei der Vermittlung der Inhalte der einzelnen Studienfächer zu berücksichtigen sind“ (§ 14 Abs. 2 S. 5 LAPOGD). Der Begriff „supranationales Recht“ umfasst in der Hauptsache das Europarecht. Damit besteht bereits die Verpflichtung, Europarecht als Querschnittsthema in allen anderen Studienfächern zu berücksichtigen.

Eine andere Frage ist, ob diese Verpflichtung nicht deutlicher und umfassender im Text der Verordnung zum Ausdruck gebracht werden sollte. Ferner stellt sich die Frage, inwieweit sie bei der Konzeption des Curriculums zu den einzelnen Fächern tatsächlich erfüllt wurde.

In letzterer Hinsicht sollte angeregt werden, im Zuge der anstehenden Reform (Umstellung vom Diplomstudiengang zum Bachelor-Abschluss) den Europa-Bezug in den Fächern – unter Beteiligung der Verwaltungspraxis – auf notwendige Ergänzungen zu überprüfen.

→ Verantwortliche für die Umsetzung dieses Konzeptpunktes ist das Ausbildungszentrum für Verwaltung (AZ)!

4.2. Anbieterspezifische Angebote und Vernetzung der Anbieter

Die Expertengruppe zur „Europafähigen Kommune in Schleswig-Holstein“ geht in ihrem Abschlussbericht von folgenden Grundaussagen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung aus:

- „- Das in Schleswig-Holstein bestehende Angebot sollte verbessert werden.
- Zwischen den Anbietern gibt es derzeit kaum Vernetzungen.
- Zwischen diesen Anbietern und den Angeboten gibt es vielfältige Doppelarbeit.
- Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten der Arbeitsteilung und Spezialisierung.
- Dadurch können verschiedene inhaltliche Verknüpfungen zu Arbeitserleichterungen und Effizienzsteigerungen führen.“ (S. 17)

Aus diesem Grund hat die Expertengruppe die Bildung einer Weiterbildungsoffensive mit einer gemeinsamen Vermarktung des Angebotes empfohlen.

Die Arbeitsgruppe hat diese Empfehlung realisiert und nutzt die Stärken der einzelnen Anbieter für ein anbieterspezifisches Angebot:

Unter der Prämisse „kostengünstig und regional“ sollen

- Sprachkurse vorrangig über die Volkshochschulen angeboten werden,
- das Kennenlernen der europäischen Institutionen und Landesvertretungen in Brüssel, Berlin und Straßburg soll weiterhin vor allem von der Landeszentrale für Politische Bildung angeboten werden, diese sollen spezielle Angebote für Mandatsträger und Führungskräfte umfassen,
- die Schulungen zu verwaltungsspezifischen europäischen Themen (Europarecht, Europa als Querschnittsthema) durch die VAB und die FHVD/InForM angeboten werden und
- die Beratung und Schulung zu den Förderprogrammen und ihrer Abwicklung wird in Absprache zwischen den beiden Fortbildungsanbietern VAB und InForM mit der Investitionsbank angeboten werden.

Über das Netzwerk sind die Anbieter miteinander verbunden, so dass durch die gemeinsame Planung Doppelungen vermieden werden.

Um die Nutzung der Angebote zu intensivieren, hat die Arbeitsgruppe vor, das Marketing für ein gemeinsames Konzept und Programm über den üblichen Rahmen hinaus auszuweiten. So sollen beispielsweise die Facharbeitsgemeinschaften und Ausschüsse der kommunalen Landesverbände genutzt werden, um das Konzept und Programm bekannt zu machen (vgl. Kapitel 4.6. EU-Öffentlichkeitsarbeit in den Facharbeitsgemeinschaften und Ausschüssen). Die Angebote sollen über das vorhandene bzw. im Aufbau befindliche Infoportal der neuen schleswig-holstein-weiten Weiterbildungsdatenbank „Kursportal Schleswig-Holstein“ www.sh.kursportal.info, die im September 2007 von Minister Austermann offiziell freigeschaltet wird, einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Die neue, landesweite Datenbank wird nach ihrer Fertigstellung in das Info-Netz Weiterbildung eingebunden und regionale, landesweite Recherchemöglichkeiten sowie Verlinkungen zu überregionalen und bundesweiten Recherchemöglichkeiten bieten. Entsprechend wird in allen Publikationen des Netzwerkes auf diese Datenbank hingewiesen sowie weitere Angebote vorgestellt.

Ein weiterer Vorschlag zur Intensivierung der Angebotsnutzung bezieht sich auf den § 8 des Tarifvertrages Arbeitszeit für Schleswig-Holstein. Danach haben Beschäftigte Anspruch auf zwei Tage Freistellung für Bildungsmaßnahmen, wenn diese vom Arbeitgeber als weiterqua-

lizierende Maßnahmen anerkannt werden. Dazu schlägt die Arbeitsgruppe vor, für die nächsten zwei Jahre einen Konsens der Arbeitgeber anzuregen, die Anerkennung auf Eurothemen zu beschränken.

→ Verantwortlich für die Vernetzung ist die Geschäftsführung des Netzwerkes, welche bis Ende 2007 durch Informdoku wahrgenommen wird! Im Anschluss wird die Geschäftsführung durch einen Vertreter der Landesregierung, der KLV (Frau Zempel) und des AZ (Frau Peters) gebildet.

Die Angebote des Netzwerkes werden in der Weiterbildungsdatenbank „Kursportal Schleswig-Holstein“ veröffentlicht.

4.3. Führungskräfte als Multiplikatoren für Eurothemen

Führungskräfte haben nicht nur Vorbildfunktion, sie sind entscheidende Unterstützer und Förderer bei der Durchsetzung von Ideen und Maßnahmen. Die Führungskräfte sollten daher als Multiplikatoren für die Europafähige Kommune in Schleswig-Holstein genutzt werden. Dafür benötigen die Führungskräfte selbst einen positiven und informativen Zugang zu Europa und europäischen Themen. Unter dem Motto „Jede Führungskraft sollte mindestens einmal in Brüssel gewesen sein!“ sollte insbesondere das Reisefortbildungsangebot der Landeszentrale für Politische Bildung unter Einbeziehung des Hanse Office für Führungskräfte geöffnet werden und auf deren spezielle Bedürfnisse zugeschnitten werden. Das bisherige Angebot „Wir in Europa“ der Landeszentrale für Politische Bildung umfasst für verschiedene Zielgruppen (Lehrkräfte, Schüler/innen, Studierende, Verbandsmitglieder etc) Fahrten nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg.

- In Brüssel werden „die wichtigsten Europäischen Institutionen besucht und verschiedene Informationsgespräche (..) geführt. Damit erhalten die Teilnehmer einen vertieften Einblick in die besuchten Organisationen und ihre Tätigkeiten.“ (Politische Bildung S-H Programm, Januar bis Dezember 2007).
- In Straßburg und Luxemburg werden „neben dem Europäischen Parlament weitere europäische Institutionen sowie zwei Industrieunternehmen besucht.“ (ebda.)

Ein vergleichbares Angebot müsste für Führungskräfte aus der Landes- und Kommunalverwaltung durchgeführt werden. Sinnvoll wäre für diese Gruppe auch ein Besuch des Hanse Office Büros in Brüssel, da hier eine Bündelung und intensive Wahrnehmung von schleswig-holsteinischen Interessen gegeben ist.

Diese Angebote sind in der Regel noch nicht terminiert, so dass sie als „offene“ Angebote in die entsprechenden Datenbanken aufgenommen werden.

→ Verantwortung für die Umsetzung: Landeszentrale für Politische Bildung!

4.4. EU-Qualifikation in den Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen

Die Landes- und Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein benötigen Personal, welches „fit für Europa“ ist, weil die Anforderungen an die Europakompetenz im täglichen Arbeitsablauf stetig steigen. Für die Verbesserung der Europafähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine systematische Personalentwicklung erforderlich. Durch die Verankerung der Europafähigkeit als Qualifikation in den Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen kann sichergestellt werden, dass die Einsteigerinnen und Einsteiger in den öffentlichen Dienst der Landes- und Kommunalverwaltungen über mehr Europafähigkeit verfügen.

„Sobald entsprechende Kompetenzen zur Europafähigkeit als harte Faktoren von Beurteilungen und Bewerberauswahl zugrunde gelegt werden, kann die Notwendigkeit von Aus-, Fort- und Weiterbildung in diesem Bereich verstärkt werden.“ (Die Europafähige Kommune in Schleswig-Holstein, Abschlussbericht der Expertengruppe, S. 18)

Nach der Bundeslaufbahnverordnung sind Beamtinnen und Beamte „verpflichtet, an Maßnahmen der dienstlichen Fortbildung teilzunehmen, die der Erhaltung und Verbesserung der Befähigung für ihren Dienstposten oder für gleich bewertete Tätigkeiten dienen. Dies gilt auch für Fortbildungsmaßnahmen, die bei Änderungen der Laufbahnausbildung eine Angleichung an den neuen Befähigungsstand zum Ziel haben.“ (BLV 1978 § 42 Abs. 2) In Absatz 4 ist festgehalten, dass „Beamtinnen und Beamte, die durch Fortbildung ihre Fähigkeiten und fachlichen Kenntnisse nachweislich wesentlich gesteigert haben, zu fördern (sind).“

In der Landesverordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahnen des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes im Land Schleswig-Holstein (LAPOGD) ist die Europafähigkeit zwar nicht explizit aufgeführt, das Europarecht ist aber in der Vermittlung des „supranationalen Rechts“ enthalten (vgl. Ausführungen dazu in Kapitel 4.1., S.4).

→ Verantwortung für die Umsetzung: Innenministerium!

4.5. Jour fixe zwischen Fortbildnern und Kommunalen Landesverbänden sowie Ministerien

Die Fortbildungsinstitutionen im Land müssen rechtzeitig über die anstehenden Themen und ihren Bedarf informiert sein, um ein zeitnahes Angebot zu konzipieren. Dafür muss eine bessere Verzahnung zwischen Bedarf und Angebot realisiert werden. Es stehen hierfür verschiedene Wege zur Verfügung:

Vorschläge und weiteres Vorgehen:

- Es soll mindestens zweimal im Jahr ein Jour Fixe zwischen den Kommunalen Landesverbänden, Vertretern der Landesregierung (Europaministerium, Wirtschaftsministerium, Innenministerium) und den Aus-, Fort- und Weiterbildungsträgern durchgeführt werden, auf dem ein Austausch über den Themenbedarf sowie den Umfang und die Zielgruppe erfolgt. Die Jour Fixe müssen insbesondere vor der Programmerstellung der Fortbildungsträger terminiert sein.
- Der Bedarf könnte auch über direkte Kontakte mit der kommunalen Praxis abgefragt werden, z.B. mit den für Fortbildung zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen und Ministerien oder über die Facharbeitsgemeinschaften und Ausschüsse der kommunalen Landesverbände.
- Denkbar wäre auch ein regelmäßiger Austausch der Fortbildungsanbieter mit einer oder mehreren großen Stadtverwaltungen zu aktuellen Fragen und Entwicklungen im EU-Themenbereich. Um das Spektrum der aktuellen Europathemen möglichst vollständig zu erfassen, müsste es sich um größere Verwaltungen handeln, die in ihrer Praxis mit sehr vielfältigen EU-Themenbereichen zu tun haben.

Informationen über den Fortbildungsbedarf sind darüber hinaus aus dem in Kapitel 4.7. vorgeschlagenen „EU-Vorausschau“ zu erzielen.

→ Verantwortung für die Umsetzung: Geschäftsführung des Netzwerkes (siehe Kapitel 2.)!

4.6. EU-Öffentlichkeitsarbeit in den Facharbeitsgemeinschaften und Ausschüssen der kommunalen Landesverbände

Zur Förderung und Intensivierung der Europafähigkeit ist ein verstärktes Marketing für die EU Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote erforderlich. Die Kommunalen Landesverbände werden die EU Weiterbildungsoffensive unterstützen, indem sie zu „bestimmten Fachthemen gezielte Fortbildung in ihren Ausschüssen, Facharbeitsgemeinschaften oder Arbeitskreisen anbieten und ermöglichen.“ (Die Europafähige Kommune in Schleswig-Holstein, Abschlussbericht der Expertengruppe, S. 18)

Das Netzwerk „Europafähige Kommune“ wird die Facharbeitsgemeinschaften und Ausschüsse der kommunalen Verbände für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Die „Werbung“ für EU Themen muss allerdings mit einer großen Sensibilität erfolgen, denn die Kommunen haben zurzeit viele neue große Aufgaben zu bewältigen, wie beispielsweise die Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen oder die Fusionen der Verwaltungsstrukturreform, die sie in erheblichem Umfang, teilweise bis an ihre Grenzen beanspruchen. Die Offenheit und Bereitschaft für ein neues „großes Thema“ wird entsprechend zurückhaltend sein.

Andererseits können sich die Kommunen den EU-Themen nicht einfach entziehen, da sie schon jetzt in der täglichen kommunalen Aufgabenerfüllung eine große Rolle spielen. Die Facharbeitsgemeinschaften und Ausschüsse der kommunalen Landesverbände sollten von daher auch dazu genutzt werden, den Kommunen Unterstützung und Informationen zu EU-Themen zu geben. So könnten beispielsweise die bereits vorhandenen Informationsquellen, wie der monatliche Infobrief vom Hanse Office oder der Eurobrief des Landes und der Investitionsbank sowie weitere EU-Plattformen in den Treffen breiter bekannt gemacht werden (vgl. auch die beiden Folgekapitel 4.7. und 4.8. zur „EU-Vorausschau“ und der Plattform „EU-Google“).

→ Verantwortung für die Umsetzung: Kommunale Landesverbände!

4.7. Aufbau einer „EU-Vorausschau“

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist nach vielen Diskussionen und Überarbeitungen Ende Dezember 2006 in Kraft getreten. Den meisten kommunalen Verwaltungen sind trotz der langen Diskussions- und Vorlaufzeit die Inhalte und die daraus folgenden Maßnahmen für die Verwaltungen nicht im Einzelnen bekannt gewesen. Dieses trifft nicht nur für die EU Dienstleistungsrichtlinie sondern auch für viele andere europäische Entscheidungen, Gesetze und Verordnungen zu, die in die tägliche Aufgabenerfüllung der Kommunal- und Landesverwaltungen eingehen.

Diese Feststellung hat die Arbeitsgruppe zur Weiterbildungsoffensive veranlasst, über den Aufbau einer institutionalisierten „EU-Vorausschau“ nachzudenken.

Die „EU-Vorausschau“ sollte folgende Funktionen erfüllen:

- Neue EU-Regelungen oder Entwicklungen frühzeitig aufnehmen und bekannt machen.
- Aufzeigen, welche Maßnahmen sich für wen (Land, Kommunen, Kammern, Verbände etc.) aus den Regelungen ableiten lassen.
- Ableiten, welcher Fort- und Weiterbildungsbedarf sich aus den Regelungen ergibt.

→ Verantwortung für die Umsetzung: KLV und Landesregierung!

4.8. Installierung einer zentralen Plattform: „EU-Google“

Zu Europa und europäischen Themen existieren zahlreiche Internetseiten und ganze Homepages. Es fehlt jedoch eine zentrale Plattform in Schleswig-Holstein, die diese Informationen sammelt und für die Mitarbeiter/innen in Land und Kommunen strukturiert, transparent und einfach handhabbar aufbereitet. Eine systematische und aktuelle Aufbereitung von Europathemen sowie EU-Regelungen, zugeschnitten auf eine schleswig-holsteinische Perspektive, könnte den Zugang zu europäischen Fragen enorm erleichtern, da sich der Einzelne nicht selbst durch eine Vielzahl von Internetseiten durcharbeiten muss. Gibt man beispielsweise das Stichwort „EU Dienstleistungsrichtlinie“ in Suchmaschinen ein, dann erhält man unter der bekanntesten Suchmaschine „Google“ 334.000 Treffer! Auf speziellen Europaportalen reduziert sich diese Zahl zwar, z.B. erhält man unter euractiv.com beim gleichen Stichwort insgesamt „nur“ 53 Treffer, auf dem Portal der Europäischen Union wiederum 266 Treffer, auf der Europaseite des schleswig-holsteinischen Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa 6 Treffer, die vor allem auf Redebeiträge des Ministers zum Thema verweisen. Eine gezielte Nut-

zung dieser Hinweise ist nicht gegeben, erst eine systematische Aufbereitung der zahlreichen Hinweise kann die gezielte Suche ermöglichen. Für den Themenbereich der Verwaltungsmodernisierung hat das Projekt Informdoku einen solchen gezielten Wissenstransfer erarbeitet und für die Internetnutzung aufbereitet, eine ähnliche Vorgehensweise wäre auch für Europathemen umsetzbar.

Vorschläge und weiteres Vorgehen:

- Perspektivisch wäre eine „Suchmaschine“ („EU-Google“) auf einer zentralen Internet-Plattform (z.B. auf der Homepage zur Dokumentation der Verwaltungsmodernisierung in Schleswig-Holstein www.informdoku.de) wünschenswert, um möglichst schnell und möglichst einfach die relevanten Informationen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes und der Kommunen zugänglich zu machen. Die Europa-Plattform soll nicht Inhalte anderer Seiten wiederholen oder neu aufbereiten, sondern vor allem die Links zu den bestehenden Informationen über Stichworte bzw. eine Suchmaschine „EU-Google“ systematisch aufbereiten.
- Über die zentrale Internet-Plattform können auch die bereits vorhandenen Informationsquellen zu EU-Fragen breiter bekannt gemacht werden (z.B. monatlicher Infobrief von Hanse Office; Eurobrief des Landes).
- Auf dieser Europa-Seite könnte ebenfalls ein „Experten-Pool“ zum Thema eingerichtet werden. Hier sollen unkompliziert und schnell die Ansprechpartner für das Thema Europa in den verschiedenen Institutionen (z.B. Investitionsbank, Kommunale Landesverbände, Ministerien etc.) gefunden werden können. Die Grundlage für den Experten-Pool existiert bereits, so hat die Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie und der Europa-Union im Jahr 2004 die Broschüre „Schleswig-Holstein in Europa – Wer macht was in Schleswig-Holstein für Europa?“ erarbeitet, die auf 125 Seiten die europapolitischen Akteure in Schleswig-Holstein mit Kontaktadressen und kurzen inhaltlichen Angaben darlegt¹. Für den Aus-, Fort- und Weiterbildungsbedarf muss diese Liste mit einsatzbereiten Referentinnen und Referenten zu europäischen Themen ergänzt werden.

→ Die Umsetzung wäre wünschenswert, verursacht aber Kosten (Aufbau und Pflege der Plattform). Eine entsprechende Investition müsste geprüft werden. Zudem muss geklärt werden, wer als Auftraggeber/in dieser Plattform in Frage kommt.

4.9. Zentrale Veranstaltungen zu EU Themen

Über landesweite zentrale Veranstaltungen zu EU Themen kann eine ungleich höhere Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern erreicht werden als über Seminare, die in der Regel auf eine maximale Teilnehmerzahl von zwanzig ausgelegt sind. In das Auditorium der Fachhochschule können z.B. bis zu 300 Zuhörerinnen und Zuhörer eingeladen werden. Großveranstaltungen eignen sich besonders für Themen, die von allen Kommunalverwaltungen und Landesverwaltungen umgesetzt werden müssen und für die eine zeitliche Umsetzungsvorgabe gesetzlich festgelegt ist. Die Veranstaltungen sollen im Jahr 2008 starten, allerdings hat der Europatag der FHVD schon am 7. Mai 2007 die in Frage kommende Themenpalette mit dem Schwerpunktthema „EU Dienstleistungsrichtlinie“ aufgegriffen.

Als mögliche Themen für weitere zentrale Veranstaltungen bieten sich an:

- Nachhaltige Stadtentwicklung

¹ Der Link zum direkten Download der Broschüre lautet http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/StK/X_Landeszentrale_20f_C3_BCr_20_Politische_20Bildung/Information/PDF/SH_20in_20Europa.property=pdf.pdf

- Aktiv-Region
- Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse
- Daseinsvorsorge
- Korruptionsprävention etc.

→ Verantwortung für die Umsetzung: AZ für Verwaltung, Europaministerium, KLV!

5. Fazit

Zur Intensivierung des Themas Europafähige Kommune in der Aus-, Fort- und Weiterbildung in Schleswig-Holstein muss „an vielen Schrauben gedreht“ werden.

Dazu gehört vor allem die stärkere Verankerung von europäischen Themen in den Inhalten der Lehre und Fortbildung, wobei eine selbstverständliche Einbeziehung europäischer Aspekte als Querschnittsthema effektiver und erfolgreicher ist, als ein alleiniges explizites Angebot von Europathemen. Das Netzwerk wird kostengünstige und regionale EU-Fortbildungen anbieterspezifisch realisieren und sie wird diese in gegenseitiger Absprache und Vernetzung vermarkten und bekannt machen.

Damit die Aus-, Fort- und Weiterbildung möglichst zeitnah mit Angeboten auf neue Europathemen reagieren kann, ist eine stärkere Vernetzung verschiedener Akteure notwendig. Dazu werden Jour fixe zwischen den Fortbildungsanbietern und den Kommunalen Landesverbänden sowie den Ministerien verabredet. Eine ähnliche Funktion soll der Aufbau einer „EU-Vorausschau“ erfüllen sowie die Installierung einer zentralen EU-Plattform.

ANHANG

1. Curriculum der FHVD im FB Allgemeine Verwaltung

Die Vermittlung von Kenntnissen zur EU erfolgt zum einen im Studienfach Staats- und Europarecht.

a.) Im Grundstudium entfallen dort auf das Europarecht im 3. Trimester 2 Lehrveranstaltungsstunden pro Woche, insgesamt ca. 24 Lehrveranstaltungsstunden; Staatsrecht wird dagegen in allen Trimestern mit 2 LV/Woche unterrichtet.

Die Unterrichtsinhalte des Teilfachs Europarecht betreffen im Schwerpunkt grundlegende europarechtliche Zusammenhänge, insbes. Die Arbeiten des EU-Rechts, deren Einwirkung auf die Rechtsordnung in Deutschland und die – aus Sicht der Verwaltung – wichtigsten Verfahrensarten beim Europäischen Gerichtshof.

Es geht aber auch um die Vermittlung eines europapolitischen Grundwissens, z.B. zu den Organen von EU und EG, deren Kompetenzen und machtpolitische Stellung, die politischen Einwirkungsmöglichkeiten des Bundes und des Landes sowie der Kommunalen auf die Aktivitäten der EU, um die Finanzmittel der EU und die Ausgabenstruktur in den Haushaltsplänen und in der mittelfristigen Finanzplanung, ferner um die Strukturfonds und die Umsetzung der darauf bezogenen EU-Förderpolitik der EU in Schleswig-Holstein.

Insgesamt gesehen beschränkt sich der Unterricht im Grundstudium darauf einen Überblick zu geben und grundlegende Zusammenhänge herzustellen. Allenfalls einfachste Rechtsfälle können auf dieser Basis gelöst werden. Immerhin werden diese Grundkenntnisse allen Studierenden der FB Allgemeine Verwaltung vermittelt.

Grundstudium

Modul Studienfach 1: Staats- und Europarecht	
Teilbereiche	Relevante Grundelemente des Völkerrechts für die Verwaltung sowie Grundzüge des Staatsorganisationsrechts des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein, Grundrechte I und II, Grundkurs zur Europäische Union sowie zu den allgemeinen Auswirkungen der europäischen Integration auf das Staats- und Verwaltungshandeln in Schleswig-Holstein
Beteiligte Studienfächer	
Studienschwerpunkt	
Studienlage	1., 2. und 3. Trimester
Credits	
Prüfung	Klausuren im 2. und 3. Trim.
Voraussetzungen	Keine
Kompetenzrelevanz	
Lernziele	Die Studierenden sollen ihr künftiges Arbeitsfeld in die wesentlichen übergreifenden Zusammenhänge der bundesstaatlichen Verfassungsordnung und der europäischen Integration sowie einzelner völkerrechtlicher Bezüge einordnen und diese Zusammenhänge bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in den Grundzügen einbeziehen können.
Stundenaufteilung	1. und 2. Trim.: 30 Std. / 3. Trim.: 60 Std.

Lehrveranstaltungen	
LV	Relevante Grundelemente des Völkerrechts für die Verwaltung sowie Grundzüge des Staatsorganisationsrechts des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein
LV	Grundrechte I
LV	Grundrechte II
LV	Grundkurs zur Europäischen Union sowie zu den allgemeinen Auswirkungen der europäischen Integration auf das Staats- und Verwaltungshandeln in Schleswig-Holstein
Dozent/in	
Art der LV	Lehrgespräch, Übung
Stunden	30
Lernziele	<p>Die Studierenden sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> • den Mehrwert der europäischen Integration einschätzen können, • über die Organe der EU/EG und ihre Kompetenzen, über die Rechtsetzungszuständigkeiten und Rechtsetzungsverfahren der EG und den Ablauf der innerstaatliche Willensbildung gem. Art. 23 GG in den Grundzügen informiert sein, • die Bedeutung der EG-Strukturfonds und weiterer EG-Förderprogramme für das Land Schleswig-Holstein erfassen, • die Rechtswirkungen der verschiedenen Arten des Gemeinschaftsrechts sowie deren Einwirkung auf das deutsche Recht in den Grundzügen beherrschen und bei der Fallbearbeitung einbeziehen können, • Besonderheiten des Rechtsweges bei Streitsachen mit Bezug zum Gemeinschaftsrecht beschreiben können, • die Marktfreiheiten und ihre Schutzwirkungen im Überblick kennenlernen.
Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> • Historische Motive für den Einstieg in die europäische Integration, gegenwärtiger Mehrwert, aktueller Stand des Integrationsprozesses • Organe der EU sowie der Europäischen Gemeinschaften und ihre Kompetenzen • Finanzordnung und Haushalt der EU, EG-Fonds - insbes. die Strukturfonds – und ihre Bedeutung für Schleswig-Holstein • Möglichkeiten der Einflussnahme von Bundesländern und Kommunen auf die Willensbildung in Gemeinschaftsorganen einschließlich der hierfür geschaffenen Institutionen • Arten des Gemeinschaftsrechts, Rechtssetzungskompe-

	<p>tenz der Gemeinschaften, Rechtssetzungsverfahren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einwirkung des Gemeinschaftsrechts auf die deutsche Rechtsordnung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Prinzip der gemeinschaftsrechtskonformen Auslegung des deutschen Rechts ○ Grundsatz des Anwendungsvorranges bei innerstaatlich geltendem Gemeinschaftsrecht • Legislative und administrative Ausführung des Gemeinschaftsrechts <ul style="list-style-type: none"> ○ Aufteilung der Ausführungskompetenzen auf Bund, Länder und Kommunen ○ Gemeinschaftsrechtliche Verfahrensgrundsätze zur Ausführung des Gemeinschaftsrechts durch die Mitgliedstaaten ○ Kooperationspflichten der nationalen Behörden • Wesentliche Verfahrensarten beim EuGH: <ul style="list-style-type: none"> ○ Vorabentscheidungsverfahren ○ Vertragsverletzungsverfahren • Der Schutz der Marktfreiheiten im EU-Binnenmarkt (Überblick)
--	---

Hauptstudium

Im Hauptstudium existieren die Studienschwerpunkte „Recht“ und „Betriebswirtschaft“ mit größtenteils voneinander abweichenden Fächern. Wenn sich die Studierenden für den Studienschwerpunkt „Betriebswirtschaft“ entscheiden, findet für sie kein weiterer Pflichtunterricht in Staats- und Europarecht statt. Diese Studierenden haben in einer weiteren Schwerpunktsetzung die Wahl zwischen drei Fächern, darunter auch das Fach „Wirtschaftsförderung“. In diesem Fach geht es unter anderem auch um EU-Fördermittel, die aus dem EU-Strukturfonds stammen und in Landesförderprogramme integriert werden, ferner auch um europarechtliche Auswirkungen auf das Zuwendungsrecht in Schleswig-Holstein und die Vermittlung des EU-Beihilferechts.

Leider haben sich bisher zu wenig Studierende für diese Wahlalternative entschieden. Das Fach „Wirtschaftsförderung“ konnte aus diesem Grund nicht unterrichtet werden.

Im Studienschwerpunkt „Recht“ wird das Fach „Staats- und Europarecht“ dagegen im Hauptstudium fortgeführt. Anders als im Grundstudium wird hauptsächlich Europarecht unterrichtet. Zusammenfassend ist für den Studienschwerpunkt „Recht“ zu sagen, dass alle Studierenden des Schwerpunktes eine fundierte Ausbildung zu den verwaltungsbezogenen Querschnittsbereichen des EU-Rechts erhalten, die auch zur Lösung komplexerer Rechtsfälle befähigt.

Schwerpunktfach „Europa-, Staats- und Kommunalrecht“

Schwerpunktfach (Modul) R S1 Europa-, Staats- und Kommunalrecht		Modulkoordinator Vollertsen
Teilbereiche	Europarecht 1, Europarecht 2 und Staatsrecht (Vertiefung), Kommunalrecht, Kommunalrechtliche Übungen	
Beteiligte Studienfächer	Kommunalrecht, Europarecht, Staatsrecht	
Studienschwerpunkt	Recht	
Studienlage	5. und 7. Trimester, Repetitorium 9. Trimester	
Credits		

Prüfung	Klausur, Prüfungsklausur
Voraussetzung	Bestehen der Zwischenprüfung
Kompetenzrelevanz	
Lernziele	Die Studierenden sollen wesentliche Grundsätze und Rechtsgarantien des Europa- und Staatsrechts beim Verwaltungshandeln sachgerecht berücksichtigen können, das kommunale Verfassungsrecht auf praxisnahe Sachverhalte und Problemstellungen anwenden können und Querbezüge zwischen den vorgenannten Rechtsgebieten erkennen
Stundenaufteilung	5. Trimester: 60 Std. / 7. Trimester: 60 Std. 9. Trimester: 30 Std.
Lehrveranstaltungen	
LV	Europarecht 1
Dozent	Vollertsen
Art der LV	Lehrgespräch, Übung
Stunden	30
Lernziele	Die Studierenden sollen die allgemeinen Rechtsgrundsätze für den Vollzug des Gemeinschaftsrechts und für die Konfliktlösung bei Diskrepanzen zwischen Gemeinschaftsrecht und deutschem Recht anwenden können, die Rechtsschutzmöglichkeiten in Fällen mit gemeinschaftsrechtlichem Bezug einschätzen können, europarechtliche Haftungsrisiken bei Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht einschätzen können, Normen und Verwaltungsmaßnahmen auf Einhaltung der Grundfreiheiten prüfen können.
Inhalte	Kapitel I Recht der Europäischen Union (Vertiefung und Erweiterung der Lerninhalte des Grundstudiums) Allgemeiner Teil Unmittelbar innerstaatlich wirksame Normen des Gemeinschaftsrechts und deren Anwendungsvorrang gegenüber dem mitgliedstaatlichen Recht Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung des deutschen Rechts Primärrechtskonforme Auslegung des EU-Sekundärrechts Rechtswirkungen von EG-Richtlinien Auswirkungen des Gemeinschaftsrechts auf das deutschen Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrechts beim unmittelbaren mitgliedstaatlichen Vollzug von Gemeinschaftsrecht Rechtsschutz bei Streitigkeiten mit gemeinschaftsrechtlichem Bezug Der gemeinschaftsrechtliche Staatshaftungsanspruch

	<p>Besonderer Teil Grundelemente des Binnenmarktes: die Grundfreiheiten Warenverkehrsfreiheit Arbeitnehmerfreizügigkeit Niederlassungsfreiheit Dienstleistungsfreiheit Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs</p>
LV	Europarecht 2 und Staatsrecht (Vertiefung)
Dozent	Vollertsen
Art der LV	Lehrgespräch, Übung
Stunden	30
Lernziele	<p>Die Studierenden sollen die einreise- und aufenthaltsrechtliche Bedeutung des § 18 Abs. 1 EGV kennen, Rechtsakte der EU zur Bekämpfung der Diskriminierung von Bevölkerungsteilen kennen und Art. 12 EGV anwenden können eine Grundrechtsprüfung als Teil der rechtlichen Überprüfung von Verwaltungsakten, Satzungen und Verordnungen durchführen können, Sachverhalte beurteilen können, die sowohl eine Grundrechtsprüfung als auch eine europarechtliche Prüfung, insbesondere auf Einhaltung der Grundfreiheiten, erfordern, die Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention für das Verwaltungshandeln kennen.</p>
Inhalte	<p>Noch Kapitel I</p> <p>Recht der Europäischen Union</p> <p>Besonderer Teil (Fortsetzung) Das allgemeine Aufenthaltsrecht aus Art. 18 Abs. 1 Abs. EGV Allgemeine Diskriminierungsverbote des EG-Rechts aus Art. 12 EGV u. aus Vorschriften des Sekundärrechts, die auf Art. 13 EGV beruhen (ohne arbeitsrechtliche Diskriminierungsverbote)</p> <p>Kapitel II Grundrechte (Vertiefung und Erweiterung der Lehrinhalte des Grundstudiums) Grundrechtsprüfung vor Erlass eines VA Grundrechtsprüfung im Zusammenhang mit dem Entwurf einer Satzung Grundrechtsprüfung im Zusammenhang mit dem Entwurf einer Verordnung</p> <p>Kapitel III Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Relevanz der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof für Men-</p>

	schenrechte für das Verwaltungshandeln
LV	Kommunalrecht
Dozent	Kuttig
Art der LV	Lehrgespräch
Stunden	30 Stunden
Lernziele	Die Studierenden sollen Die wesentlichen Regelungen der inneren Kommunalverfassungen der Gemeinden und die Rechtsbeziehungen zwischen den Gemeinden und ihren Bürgern und Einwohnern kennen und verstehen sowie auf die anderen kommunalen Körperschaften übertragen können. Die Aufsichts- und Kontrollmechanismen im Kommunalrecht beherrschen und voneinander abgrenzen können.
Inhalte	Wiederholung der wesentlichen Inhalte des Grundstudiums Die Kreise Aufgaben Organe Der Landrat als allgemeine untere Landesbehörde Die Ämter Rechtsstellung und Rechtsnatur Aufgaben Organe Überblick über die Arten der kommunalen Zusammenarbeit nach dem GKZ Öffentliche Einrichtungen Aufsichts- und Kontrollmechanismen Kommunalaufsicht Rechtsschutz gegenüber den Maßnahmen der Kommunalaufsicht Kommunalverfassungsrechtsstreit Kommunale Verfassungsbeschwerde
LV	Kommunalrechtliche Übungen
Dozent/in	Kuttig
Art der LV	Lehrgespräch, Übungen
Stunden	30
Lernziele	Die Studierenden sollen die im Grundstudium und 5. Trimester erworbenen kommunalrechtlichen sowie verwaltungsrechtlichen und prozessualen Kenntnisse anhand praktischer Fälle anwenden und die auftretenden Problemstellungen entwickeln und beurteilen können.
Inhalte	Kommunalrechtliche Fälle

2. Curriculum der VAB

Staats- und Europarecht für den Lehrgang „Verwaltungsfachangestellter“

Verwaltungsabschlusslehrgang - Kommunalverwaltung - Staats- und Europarecht		Lerninhalte	Std.
Lernziele	Lernziel- stufe		
Staats- und Europarecht			28
Begriff, Aufgaben und Elemente des Staates erklären	2	Inneres/Außeres; Rahmenbedingungen, Soziales Staatsvolk-, -gebiet und -gewalt	2
Staats-, Regierungs- und Organisationsformen unter Bezug auf die Verfassungsgeschichte seit 1871 unterscheiden und Staatenverbindungen nennen und erläutern	2	Monarchie/Republik Demokratie/Diktatur Einheits-, Bundesstaat und Staatenbund, UNO, NATO	2
Entstehung der Bundesrepublik Deutschland einschl. der Vereinigung und des Landes Schleswig-Holstein darstellen	2	Entstehung der Bundesrepublik des Landes Schleswig-Holstein	1
Strukturprinzipien des GG und Grundzüge des Grundgesetzes anwenden	3	Staatsformmerkmale (Art. 1, 20, 28, 79) • Rechtsstaat • Sozialstaat • Demokratie/Republik • Bundesstaat	4
Bildung und wesentlichen Aufgaben der Verfassungsorgane des Bundes und Landes Schleswig-Holstein anwenden	3	Bundestag/Bundesrat/Bundesregierung Bundespräsident/Bundesverfassungsgericht und die ver- gleichbaren Landesverfassungsorgane • Wahl/Bildung/Zusammensetzung • wesentliche Aufgaben	7
Gesetzgebungszuständigkeiten und -verfahren erklären,	2	Ausschließliche/konkurrierende Gesetzgebung; Rahmengesetzgebung Verfahrensgrundzüge	3
			5

Verwaltungsabschlusslehrgang: allvalkm_la.docx / Me 18.04.00

**Verwaltungsabschlusslehrgang
- Kommunalverwaltung - Staats- und Europarecht**

Lernziele	Lernziel- stufe	Lerninhalte	Std.
Europäische Union, Organe und Rechtsetzung erklären	2	Rechtsgrundlagen, Organe, Rechtsetzung (Verordnungen, Richtlinien)	3
Grundrechte (auch für das Verwaltungshandeln) anwenden	3	Rechtliche Bedeutung, Sicherung u. Durchsetzung der Grundrechte Grundrechte im besonderen Rechtsverhältnis Grundrechtsschranken und einzelne Grundrechte (bes. Art. 1, 3, 5, 8 und 9)	4
Leistungsnachweis/Übungen			2

3. Fortbildungsangebot 2007 InForM

InForM bietet im aktuellen Fortbildungsprogramm ein eigenes Modul zum Thema „Europäische Integration“ an. Europäische Rechtsfragen werden darüber hinaus im Modul „Rechtsgrundlagen des Verwaltungshandelns“ berücksichtigt, so z.B. beim Vergaberecht oder beim Zuwendungsrecht.



179

Europäische Integration

9011

Basiswissen Europa

Zielgruppe:

Personen, die Grundkenntnisse über die Entwicklung der Europäischen Union, ihre Organe und Rechtsnormen sowie wichtige Politikbereiche erlangen wollen.

Seminarziel:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen lernen bzw. besser verstehen:

- ⇒ die Entwicklung der EU,
- ⇒ ihre Organe und deren Funktionen,
- ⇒ das Gesetzgebungsverfahren sowie die Rolle der Mitgliedstaaten dabei.

Gleichzeitig sollen sie einen Überblick über wichtige Politikbereiche der EU erhalten.

Themenkreis:

- ⇒ Geschichtliche Entwicklung der EU
- ⇒ Organe, Institutionen und ihre Arbeitsweise
- ⇒ Rechtsnormen, Gesetzgebungsverfahren
- ⇒ Beteiligung der Mitgliedstaaten an der Gesetzgebung der EU
- ⇒ Wirtschafts- und Währungsunion
- ⇒ Beihilfenrecht
- ⇒ Weitere wichtige Politikbereiche
- ⇒ Haushalt der EU
- ⇒ Erweiterung der EU

Methoden:

Vortrag, Rollenspiel

Dozent/in:

Rolf Funck, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

9

Termin:

26./27. März 2007

Ort:

InForM Altenholz

Anmeldeschluss:

19. Februar 2007

Gebühr:

215,00 Euro

Information und Anmeldung: 0431-3209-130/131/132
inform@fhvd.de

181

9021

Europäische Integration

Die Strukturfonds der Europäischen Union 2007 - 2013

Zielgruppe:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Förderung im Rahmen der Europäischen Strukturfonds befasst sind und/oder Kenntnisse darüber erlangen, erweitern und vertiefen möchten.

Seminarziel:

- ⇒ Kennen lernen der Grundkonzeption der Europäischen Strukturfonds (EFRE, ESF, ELER, EFF)
- ⇒ Verstehen der Fördervoraussetzungen

Themenkreis:

- ⇒ Grundzüge der Europäischen Förderpolitik im Rahmen der EU-Strukturfonds
- ⇒ Förderprogramme des Landes
- ⇒ Erfahrungen und Erwartungen aus schleswig-holsteinischer Sicht

Methoden:

Vortrag und Diskussion, Beispiele

Dozent/in:

Dr. Volker Beyer, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Mona Andresen, Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Rüdiger Balduhn, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Hans Christian Green, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Termin:

8. November 2007

Ort:

InForM Altenholz

Anmeldeschluss:

4. Oktober 2007

Gebühr:

130,00 Euro

Information und Anmeldung: 0431-3209-130/131/132
inform@fhvd.de

Europäische Integration

9031

**EU-Regionalentwicklung:
Chancen für die Wirtschaftsförderung**

Zielgruppe:

Seminar und Workshop richten sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in wirtschaftsfördernden Einrichtungen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit von der EU unterstützte Projekte erfolgreich entwickeln und **umsetzen** möchten.

Seminarziel:

- ⇒ Erarbeitung von Strategien und Konzepten für eine zeitgemäße Wirtschaftsförderung
- ⇒ Wirtschaftsförderung im europäischen Kontext verstehen
- ⇒ EU Projekte eigenständig entwickeln und durchführen

Themenkreis:

- ⇒ Erarbeiten einer zeitgemäßen Wirtschaftsförderungsstrategie
 - Die harten und weichen Faktoren
 - Konzepte und Instrumente der Standortentwicklung
 - Standortmarketing: Analyse, erste Schritte
 - Infrastrukturen: Anforderungen von Investoren
 - Vier Konzepte x neun Instrumente = 36 Möglichkeiten
- ⇒ Umsetzung der Strategie im Kontext der EU-Regionalentwicklung
 - EU-Strukturfonds: Entstehung und Entwicklung
 - Europäische Netzwerke und Kooperationen
- ⇒ In vier Schritten zum konkreten Projekt
 - Strategie- und Projektauswahl („Was passt?“)
 - Projektplan (zeitlich und finanziell)
 - Projektdetails (z. B. Finanzierung Private-Public-Partnership)
 - Projektbeschreibung („Reizthemen und -begriffe“)

Methoden:

Präsentation mit Praxisbeispielen, Diskussion, Projektbearbeitung

Dozent/in:

Björn P. Jacobsen, Wirtschaftsförderung LÜBECK GmbH, Lübeck

Hinweis:

An der Veranstaltung können maximal 12 Personen teilnehmen. Bitte bringen Sie für die Projektbearbeitung Zahlenmaterial über Ihre Kommune/Region zur Veranstaltung mit (Liste geht 14 Tage vorher zu).

Information und Anmeldung: 0431-3209-130/131/132
inform@fhvd.de

Termin:

17./18. September 2007

Ort:

InForm Altenholz

Anmeldeschluss:

13. August 2007

Gebühr:

218,00 Euro

9

9041

Europäische Integration

Standortmarketing im EU-weiten Wettbewerb

Zielgruppe:

Seminar und Workshop richten sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in wirtschaftsfördernden Einrichtungen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit einen Standort - Gewerbegebiet/Industriebranche/Kommune/Region - vermarkten.

Seminarziel:

- ⇒ Produkt (Standort) gezielt entwickeln
- ⇒ Kunden (Investoren und Nutzer) identifizieren
- ⇒ Wettbewerb kennen und parieren

Themenkreis:

- ⇒ Standortmarketing und Vertrieb
- ⇒ Wer investiert?
 - Zielgruppendefinition im Standortwettbewerb
 - Finden von Investor und Nutzer
- ⇒ Wo wird investiert?
 - Welche Standortfaktoren sind ausschlaggebend?
 - Der Standortauswahlprozess aus Investorensicht
 - Analyse des (EU) Wettbewerbsumfeldes
 - Produktentwicklung/Entwickeln des Standortes
- ⇒ Wie wird das Produkt wahrgenommen?
 - Mittler suchen und Nutzen
 - Internet im Standortmarketing: Aufwand und Nutzen?
- ⇒ Aufstellen und Umsetzen des Marketingplans

Methoden:

Präsentation mit Praxisbeispielen, Diskussion, Workshop - Jede(r) Teilnehmer/in erstellt einen Marketingplan

Dozent/in:

Björn P. Jacobsen, Wirtschaftsförderung LÜBECK GmbH, Lübeck

Hinweis:

An der Veranstaltung können maximal 12 Personen teilnehmen. Bitte bringen Sie für die Projektbearbeitung Zahlenmaterial über Ihre Kommune/Region zur Veranstaltung mit (Liste geht 14 Tage vorher zu).

Termin:
14./15. November 2007

Ort:
InForM Altenholz

Anmeldeschluss:
10. Oktober 2007

Gebühr:
218,00 Euro

Information und Anmeldung: 0431-3209-130/131/132
inform@fhvd.de

Europäische Integration

9051

Workshop Europarecht

Zielgruppe:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das europäische Recht als schwierig und problematisch empfinden und gemeinsam mit den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern nach Lösungsansätzen suchen wollen.

Seminarziel:

- ⇒ Identifikation der besonderen Probleme bei der Anwendung europäischen Rechts,
- ⇒ Erarbeitung von Lösungsansätzen,
- ⇒ Verbesserung der Informationsbeschaffung

Themenkreis:

- ⇒ Rechtsnormen der EU,
- ⇒ Europäische Gerichtsverfahren,
- ⇒ Europäisches Recht in der Verwaltung,
- ⇒ Informationsbeschaffung zum europäischen Recht, u.a. im Internet

Methoden:

Vortrag, Diskussion, Gruppenarbeit, praktische Übungen

Dozent/in:

Rolf Funck, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Hinweis:

Zur Vorbereitung des Workshops werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, etwa 4 Wochen vor dem Beginn des Workshops schriftlich mitzuteilen,

- ⇒ welche Berührungspunkte sie zum europäischen Recht haben oder hatten,
- ⇒ was ihr spezielles Interesse an dem Workshop ist,
- ⇒ welche Probleme sie im Workshop behandelt sehen möchten.

9

Termin:

14. November 2007

Ort:

InForM Altenholz

Anmeldeschluss:

10. Oktober 2007

Gebühr:

119,00 Euro

Information und Anmeldung: 0431-3209-130/131/132
inform@fhvd.de

185

9061

Europäische Integration

Verwaltungsenglisch
Red Tape - No Problem

Zielgruppe:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Rahmen ihrer Tätigkeit mit der englischen Sprache in Wort und Schrift umgehen und ihre Sprachfähigkeiten erweitern und verbessern möchten.

Seminarziel:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer frischen ihre allgemeinen Englischkenntnisse auf, beschäftigen sich mit dem Fachwortschatz der Verwaltungs- und Geschäftssprache und erlangen mehr Sicherheit in englischsprachigen Gesprächssituationen.

Themenkreis:

Oral skills, e.g. introductions, telephone conversations, inviting and hosting visitors, the language of meetings.
Written communication, e.g. letters, memos, e-mails, reports.
Word power, e.g. terms used in public administration.

Methoden:

Vortrag, Diskussion, Gruppenarbeit, Rollenspiel, praktische Übungen **nur in englischer Sprache!**

Dozent/in:

Brigitte Dix-Kuessner, DIX-LINGO, ENGLISH LANGUAGE SERVICE, Kiel

Hinweis:

An der Veranstaltung können maximal 16 Personen teilnehmen. Die Teilnahme am Aufbaukurs „Refresherkurs Verwaltungsenglisch Red Tape Revisited“ (9071) wird empfohlen. Die Veranstaltung ist anerkannt nach dem Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz.

Termin:

19.-21. März 2007

Ort:

InForM Altenholz

Anmeldeschluss:

12. Februar 2007

Gebühr:

329,00 Euro

Information und Anmeldung: 0431-3209-130/131/132
inform@fhvd.de

Europäische Integration

9071

**Refresherkurs Verwaltungswissenschaften
Red Tape Revisited**

Zielgruppe:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die am Grundkurs Verwaltungswissenschaften teilgenommen haben und ihre Kenntnisse auffrischen, vertiefen und trainieren möchten.

Seminarziel:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vertiefen ihre Englischkenntnisse und trainieren ihre mündliche Ausdrucksfähigkeit, um englischsprachige Konferenzen, Verhandlungen und Kurzvorträge sicherer meistern zu können.

Themenkreis:

oral skills, e.g. chairing a meeting, achieving consensus, presenting information, negotiating successfully.

Methoden:

Vortrag, Gruppenarbeit, Simulation, Präsentationen und praktische Übungen **nur in englischer Sprache!**

Dozent/in:

Brigitte Dix-Kuessner, DIX-LINGO, ENGLISH LANGUAGE SERVICE, Kiel

Hinweis:

An der Veranstaltung können maximal 16 Personen teilnehmen. Die Teilnahme am Grundkurs „Verwaltungswissenschaften Red Tape - No Problem“ (9061) wird empfohlen.

Die Anerkennung nach dem Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz ist beantragt.

Zur Vorbereitung des Refresherkurses werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten,

⇒ das Vokabular „The language of meetings - useful phrases“ durchzuarbeiten und

⇒ sich ein Themengebiet für einen Kurzvortrag zu überlegen.

9

Termin:

31. Okt./1. Nov. 2007
1,5 Tage

Ort:

InForm Altenholz

Anmeldeschluss:

26. September 2007

Gebühr:

205,00 Euro

Information und Anmeldung: 0431-3209-130/131/132
inform@fhvd.de

187

4. Fortbildungsangebot 2007 VAB

0266 - Europaweite Ausschreibung von Versicherungsdienstleistungen

Zielgruppe:

Mitarbeiter/innen der Verwaltungen, die für die Ausschreibung von Versicherungsdienstleistungen zuständig sind.

Inhalte der Veranstaltung:

1. Rechtsgrundlagen zur europaweiten Ausschreibung von Versicherungsdienstleistungen
 - o Ausschreibungspflicht
 - o Schwellenwerte
 - o Wahl des Verfahrens
 - o Veröffentlichung
2. Rechtsprechung zur Vergabe von Versicherungsdienstleistungen und Auswirkungen
 - o § 6 VOL/A - der „Sachverständigen-Paragraph“
 - o diverse Gerichtsurteile
3. Die Durchführung der Ausschreibung in der Praxis
 - o Das Leistungsverzeichnis mit den Vertragsbestimmungen
 - o Besonderheiten eines neuen Versicherungsschutzes - Gleitende Neuwertversicherung vs. Neuwertversicherung nach Werten 1970 und Selbstbeteiligung mit Begrenzung
 - o Notwendigkeit aussagfähiger Schadenstatistiken
 - o Entscheidung für Versicherungsschutz am Beispiel der Glasversicherung und der Elektronikversicherung
 - o Zusatzleistungen und Nebenleistungen
 - o Bewertung der Angebote

Ziele und Methoden der Veranstaltung:

Anhaltender bzw. steigender Kostendruck zwingt nahezu alle Städte und Gemeinden sämtliche Haushaltsposten auf den Prüfstand zu stellen. Hierzu gehört auch die nicht unerhebliche Position "Versicherungen". Das nationale, in der VOL/A vom 01.01.1999 und im IV. Abschnitt des GWB verankerte Vergaberecht schreibt vor, dass auch Versicherungsdienstleistungen, sofern sie einen bestimmten Schwellenwert überschreiten, europaweit ausgeschrieben werden müssen. Dies gilt auch für die in der Vergangenheit häufig geübte Praxis der Fünf-Jahres-Verlängerung bestehender Versicherungsverträge. Das Seminar gibt Antworten auf die Fragen wann und wie ausgeschrieben werden muss und wer mit der Durchführung beauftragt werden darf.

Termine:

Beginn	Ende	Anmeldeschluss		
19.04.07 , 09:30 Uhr	19.04.07, 17:00 Uhr	08.03.07	Anmeldung	mehr Info

Seminarorganisation: Stephanie Betka Tel.: 04322 / 693 505

Teilnehmerverwaltung: Grit Paepflow Tel.: 04322/693-533

0377 – Europarecht

Einfluss des Europarechts auf die kommunale Praxis

Zielgruppe:

Beschäftigte aus allen Verwaltungsbereichen, die ihre Rechtskenntnisse auffrischen oder erweitern möchten. Insbesondere vermittelt das Seminar Grundkenntnisse im Europarecht für Teilnehmer/innen mit und ohne Vorkenntnisse. Dieses ist auch ein Seminar für Beamtinnen und Beamte, die sich in der Einführungszeit für den Aufstieg in den höheren Dienst befinden.

Inhalte der Veranstaltung:

- Begriff und Gegenstand des Europarechts
 - Geschichte der Europaidee im 20. Jahrhundert
 - Gründung der drei Gemeinschaften und der Union
 - Langfristige Perspektiven der Integration
2. Die Verfassung der Union
- Rechtsquellen des Gemeinschaftsrechts und Rechtsnatur der Union
 - Verhältnis zwischen Mitgliedsstaaten und Gemeinschaft: Mehrebenensystem und Verfassungsverbund, Relativierung der Staatssouveränität
 - Verzahnung von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht: Der Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts
3. Organe, Institutionen und Rechtsetzungsverfahren der Union
- Die fünf Hauptorgane: Rat, Kommission, Parlament, Gerichtshof und Rechnungshof
 - Neben- und Hilfsorgane
 - Wichtige Rechtsetzungsverfahren
4. Grundfreiheiten und Europäische Grundrechte
- Grundfreiheiten als Kern des Binnenmarktes
 - Europäische Grundrechte, insb. die Charta der Grundrechte der Europäischen Union
5. Im Überblick: Die Politiken der Gemeinschaft
6. Einfluss des Europarechts auf die Verwaltungspraxis
- Arten des Verwaltungsvollzugs
 - Rechtsschutz vor dem Europäischen Gerichtshof und vor nationalen Gerichten
 - Fallbeispiele: Einfluss des Europarechts auf das schl.-holst. Landesrecht
7. Aktuelle Entwicklung
- Der Entwurf einer Verfassung für Europa
 - Demokratiedefizit in der Union?

Ziele und Methoden der Veranstaltung:

Dieses Seminar vermittelt vertiefte Kenntnisse in den wichtigsten Bereichen des Europarechts. Dabei wird neben der Behandlung der erforderlichen Grundlagen ein Schwerpunkt auf den Einfluss des Europarechts für den nationalen Verwaltungsvollzug auf Landesebene gelegt. Die aktuellen Entwicklungen, insbesondere die Veränderungen durch den Ent-

wurf für eine Europäische Verfassung werden in der gemeinsamen Diskussion thematisiert.

Termine:

Beginn	Ende	Anmeldeschluss		
03.09.07 , 09:30 Uhr	04.09.07, 17:00 Uhr	23.07.07	Anmeldung	mehr Info

Seminarorganisation: Karin Friebe Tel.: 04322/693-528

Teilnehmerverwaltung: Sabine Arpe Tel.: 04322/693-553

5. Sprachkursangebote der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein

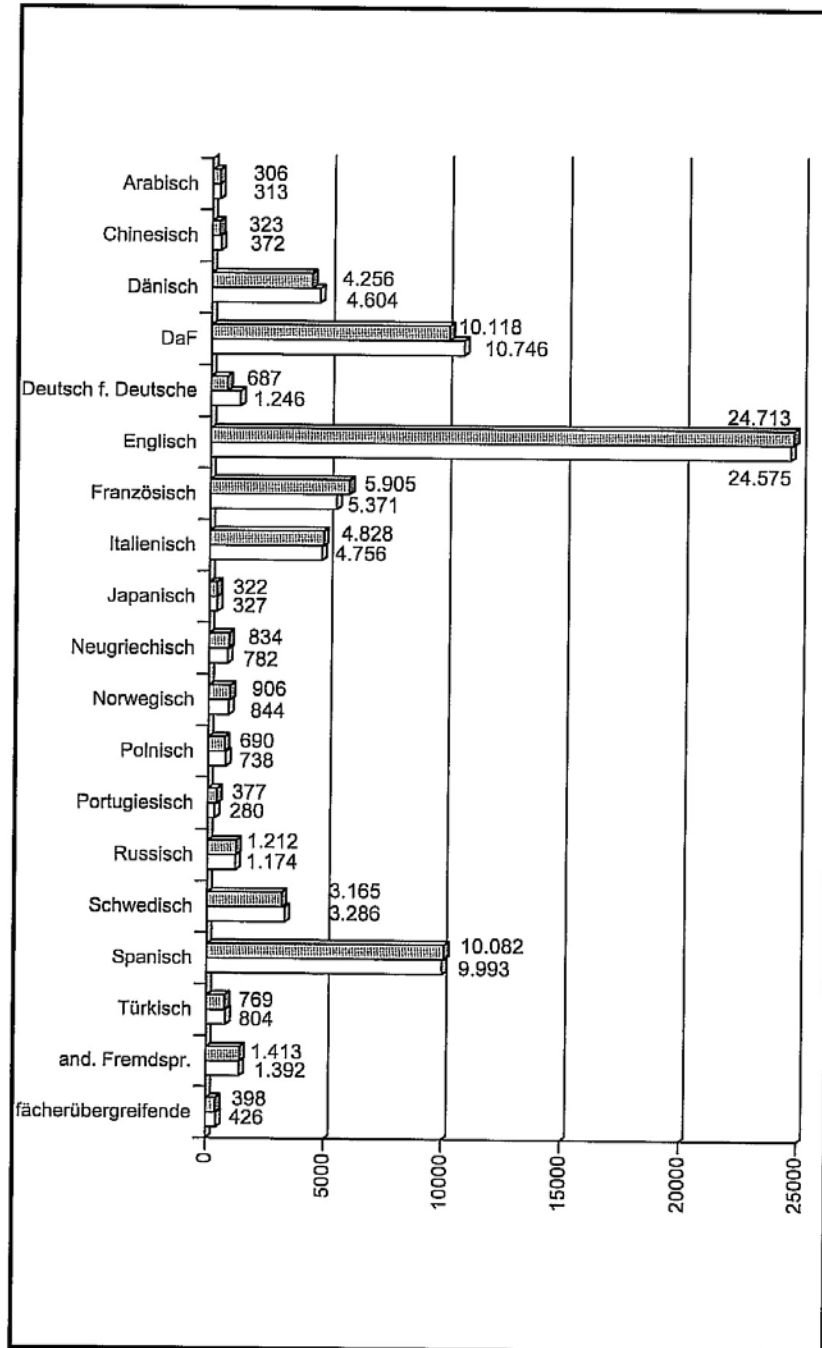


Qualifikation mit System
Die Sprachenprüfungen an Volkshochschulen

Schleswig-Holstein - Offene Kurse nach Programmbereichen und Fachgebieten

Programmbereich/Fachgebiet	Kurse		Unterrichts- stunden		Belegungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Sprachen						
4.00 fächerübergreifende/sonstige Kurse	28	0,4 %	575	0,3 %	426	0,6 %
4.01 Arabisch	39	0,6 %	941	0,5 %	313	0,4 %
4.02 Chinesisch	43	0,6 %	1.065	0,5 %	372	0,5 %
4.03 Dänisch	438	6,5 %	9.984	4,9 %	4.604	6,4 %
4.04 Deutsch als Fremdsprache	759	11,2 %	56.095	27,4 %	10.746	14,9 %
4.05 Deutsch als Muttersprache	94	1,4 %	5.241	2,6 %	1.246	1,7 %
4.06 Englisch	2.235	32,9 %	55.617	27,2 %	24.575	34,1 %
4.07 Finnisch	11	0,2 %	296	0,1 %	94	0,1 %
4.08 Französisch	585	8,6 %	14.000	6,8 %	5.371	7,5 %
4.09 Italienisch	506	7,5 %	12.144	5,9 %	4.756	6,6 %
4.10 Japanisch	37	0,6 %	806	0,4 %	327	0,5 %
4.11 Latein	13	0,2 %	267	0,1 %	109	0,1 %
4.12 Neugriechisch	94	1,4 %	2.103	1,0 %	782	1,1 %
4.13 Neuhebräisch	1	0,0 %	20	0,0 %	3	0,0 %
4.14 Niederländisch	33	0,5 %	726	0,4 %	262	0,4 %
4.15 Norwegisch	87	1,3 %	2.089	1,0 %	844	1,2 %
4.16 Persisch	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
4.17 Polnisch	93	1,4 %	2.116	1,0 %	736	1,0 %
4.18 Portugiesisch	35	0,5 %	817	0,4 %	280	0,4 %
4.19 Russisch	152	2,2 %	3.587	1,8 %	1.174	1,6 %
4.20 Schwedisch	317	4,7 %	7.500	3,7 %	3.286	4,6 %
4.21 Serbokroatisch (Bosn./Kroat./Serbisch)	8	0,1 %	194	0,1 %	56	0,1 %
4.22 Spanisch	1.008	14,8 %	24.825	12,1 %	9.993	13,9 %
4.23 Tschechisch	3	0,0 %	50	0,0 %	16	0,0 %
4.24 Türkisch	83	1,2 %	2.026	1,0 %	804	1,1 %
4.25 Ungarisch	10	0,1 %	250	0,1 %	54	0,1 %
4.26 andere Fremdsprachen	77	1,1 %	1.456	0,7 %	798	1,1 %
Insgesamt	6.789	100 %	204.790	100 %	75.029	100 %
Arbeit – Beruf						
5.00 fächerübergreifende/sonstige Kurse	239	7,2 %	4.999	8,2 %	2.172	7,5 %
5.01 IuK-Grundlagen/allg. Anwendungen	1.819	54,7 %	28.745	47,2 %	15.533	53,9 %
5.02 Kaufmännische IuK-Anwendungen	559	16,8 %	9.477	15,6 %	4.631	16,1 %
5.03 Technische IuK-Anwendungen	200	6,0 %	3.293	5,4 %	1.527	5,3 %
5.04 Büropraxis	172	5,2 %	3.154	5,2 %	1.633	5,7 %
5.05 Rechnungswesen	130	3,9 %	3.653	6,0 %	1.274	4,4 %
5.06 Kaufmännische Grund-/Fachlehrgänge	52	1,6 %	2.355	3,9 %	504	1,8 %
5.07 Technische Grund-/Fachlehrgänge	99	3,0 %	3.931	6,5 %	995	3,5 %
5.08 Branchenspezifische Fachlehrgänge	20	0,6 %	621	1,0 %	288	1,0 %
5.09 Organisation/Management	33	1,0 %	603	1,0 %	244	0,8 %
Insgesamt	3.323	100 %	60.831	100 %	28.801	100 %
Grundbildung – Schulabschlüsse						
6.00 fächerübergreifende/sonstige Kurse	47	11,5 %	3.876	12,6 %	584	15,1 %
6.01 Hauptschulabschluss	43	10,5 %	11.595	37,8 %	960	24,7 %
6.02 Realschulabschluss	12	2,9 %	5.327	17,4 %	266	6,9 %
6.03 FHS-Reife/FOS-Abschluss	4	1,0 %	745	2,4 %	49	1,3 %
6.04 Abitur/allg. HS-Reife	4	1,0 %	254	0,8 %	84	2,2 %
6.05 HS-Zugang ohne Abitur	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
6.06 sonstige Schulabschlüsse	1	0,2 %	36	0,1 %	14	0,4 %
6.07 Alphabetisierung/Elementarbildung	260	63,4 %	7.586	24,7 %	1.686	43,4 %
6.08 Rechnen/Mathematik	39	9,5 %	1.256	4,1 %	230	5,9 %
Insgesamt	410	100 %	30.675	100 %	3.881	100 %
Gesamtsumme	24.806		556.248		270.235	

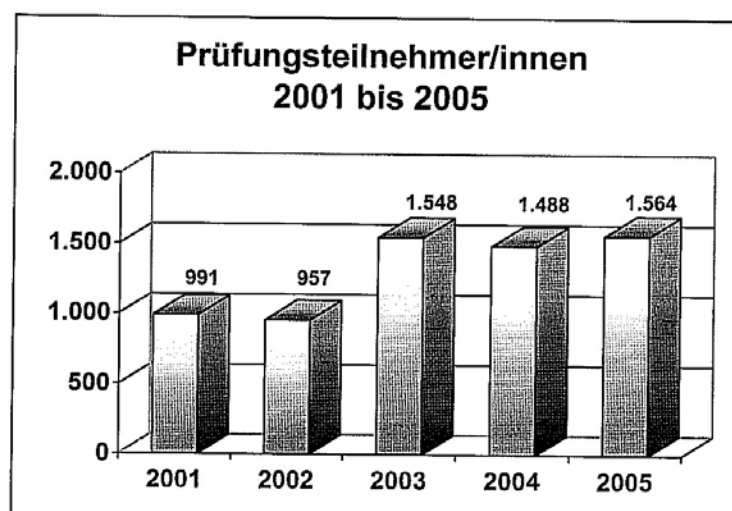
Schleswig-Holstein
Belegungen im Programmbereich Sprachen (offene Kurse)
 (grauer Balken = 2004, weißer Balken = 2005)



6.3 Prüfungszentrale

Die Prüfungszentrale des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. wickelte im Berichtsjahr 2005 folgende Sprachprüfungen ab:

1. TELC – Start Deutsch (A2)
2. TELC – Zertifikat Deutsch (B1)
3. TELC – Zertifikat Deutsch (B1) (BAMF = Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)
4. Zentrale Mittelstufenprüfung des Goethe-Instituts (ZMP)
5. TELC – Zertifikat Englisch (B1)
6. TELC – Zertifikat Englisch Wirtschaft (B2)
7. TELC – Zertifikat Italienisch (B1)
8. TELC – Zertifikat Spanisch (A2)
9. TELC – Zertifikat Spanisch (B1)
10. Cambridge Bio Medical Assessments Test (BMAT)
11. Cambridge Key English Test (KET)
12. Cambridge Preliminary English Test (PET)
13. Cambridge First Certificate in English (FCE)
14. Cambridge Certificate in Advanced English (CAE)
15. Cambridge Certificate of Proficiency in English (CPE)
16. Cambridge Business English Certificate (BEC Preliminary)
17. Cambridge Business English Certificate (BEC Vantage)



6. Angebote der Landeszentrale für Politische Bildung

Angebote für das Jahr 2007

Es gibt insgesamt 12 Angebote für das laufende Jahr. Zwei dieser Angebote richten sich ausschließlich an die spezifische Zielgruppe „Lehrer/innen“, sie werden deshalb hier nicht mit aufgeführt.

Globalisierung als Problem Europas

Beginn: Mittwoch, den 17.01.2007 **Ende:** Mittwoch, den 17.01.2007

Ort: Hermann Ehlers Akademie, Gurlittstraße 3, 24106 Kiel **Kosten:**

Seminar in Zusammenarbeit mit der Katholischen und Evangelischen Studentengemeinde
Mit der Entwicklung neuer und alter Wirtschaftszentren in Asien und Amerika und im globalen Wettbewerb droht Europa eine Schwächung seiner Wirtschaft, droht Arbeitslosigkeit, ja Armut, falls keine mentale Umstellung erfolgt. Wehleidigkeit, Angst vor globalen Prozessen und wirtschaftlichen Konzentrationen müssen überwunden werden.

Mit qualifizierten Referenten soll das schwierige Thema in kontroversen Standpunkten bearbeitet werden.

Leitung:

Dr. Karl-Friedrich Nonnenbroich

EU-Projekttag und Deutsch-Französischer Tag 2007

Beginn: Montag, den 22.01.2007 **Ende:** Montag, den 22.01.2007

Ort: **Kosten:**

In Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt, der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der Staatskanzlei und den Ministerien für Justiz, Arbeit und Europa bzw. für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein

Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder haben vereinbart, zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, am 22. Januar 2007, einen EU-Projekttag sowie den Deutsch-Französischen Tag an deutschen Schulen durchzuführen, um das Verständnis der Schülerinnen und Schüler für die Erfolge, Chancen und Probleme der europäischen Integrationsprozesse zu wecken bzw. zu vertiefen. Angesprochen sind alle Schultypen ab der siebenten Klasse. Die Gestaltung des Projekttag selbst bleibt in der Eigenverantwortung der Schule, die Landeszentrale steht hierfür jedoch mit Info-Material, Know-how, Medien, Beratung und Referenten zur Verfügung. Die Teilnahme an dem Tag ist freiwillig.

Gemäß dem Motto der EU-Präsidentschaft für den Bildungsbereich "Bildung verbindet - Education unites" wird darüber hinaus im Rahmen des alljährlichen Schülerwettbewerbs der Bundeszentrale ein Sonderpreis der Bundeskanzlerin zu der Thematik "In Europa Brücken bauen" verliehen. Schulen, Klassen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften wird hier die Gelegenheit gegeben, aktuelle oder geplante Partnerschaften, Aktivitäten, Austausche oder Unterstützungen mit bzw. für Städte, Schulen, Gruppen und Gemeinschaften in Europa darzulegen und zur Preisverleihung einzureichen.

Ansprechpartner:

Dr. Klaus Kellmann

50 Jahre Römische Verträge und das Dilemma der gemeinsamen Europäischen Verfassung heute

Beginn: Donnerstag, den 22.03.2007
um 18:00 Uhr

Ende: Donnerstag, den 22.03.2007

Ort: Kiel

Kosten:

In Zusammenarbeit mit der Europa Union Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein Am 25. März 1957 schafften die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten auf dem geschichtsträchtigen Kapitolshügel in Rom die vertraglichen Grundlagen für die EWG, den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsmarkt. Es ist der Beginn einer zwar nie gradlinigen, aber dennoch stetigen Erfolgsstory, die über die EG bis zur Europäischen Union führt und in der die Ökonomie immer noch eine bedeutende, aber neben der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Bildungspolitik längst nicht mehr die einzige Rolle spielt. Aus dem damaligen Europa der sechs ist inzwischen ein Europa der 25 geworden, mit weiteren Beitrittskandidaten vor der Tür. Die eigentliche Krönung dieses säkular-kontinentalen Integrationsprozesses jedoch sollte und soll der "Vertrag über eine Verfassung für Europa" mit einem gemeinsamen europäischen Präsidenten und Außenminister sein, der am 29. Oktober 2004 wiederum auf dem Kapitolshügel in Rom unterzeichnet wurde, jedoch in den Mitgliedsstaaten noch ratifiziert werden musste. Nachdem diese Verfahren in Frankreich und den Niederlanden scheiterten, wurden die geplanten Referenden in Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, Tschechien und Portugal auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, und niemand weiß so recht, was aus dem großen Ziel einer Constitution européenne wird. Skeptiker sprechen bereits wieder von einem Staatenbund, einem Europa der Vaterländer und einem Zurück zu Adenauer und de Gaulle, womit Europa im Jahre 50 auf das Jahr Null zurückgefallen wäre. Welche Auswege aus dieser Misere erscheinen als gangbar?

Ansprechpartner:

Dr. Klaus Kellmann

Wilfried Saust, Europa Union Schl.-Holst.

Tagungsort:

Faluner Weg 28

24109 Kiel

Die Föderalismusreform – Auswirkungen auf Rechtsgebiete des Natur- und Umweltschutzes

Beginn: Dienstag, den 27.03.2007
um 19:00 Uhr

Ende: Dienstag, den 27.03.2007

Ort: Kiel

Kosten:

In Zusammenarbeit mit der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein – Förderverein der Umweltakademie Seit dem 1. September 2006 gelten die Bestimmungen der Föderalismusreform zur Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung. Damit ist die umfassendste Grundgesetzreform seit 1949 in Kraft. In weiten Teilen des Umweltschutzes haben die Länder mit der sogenannten Abweichungsgesetzgebung neue Gestaltungsmöglichkeiten bekommen. Kritiker befürchten,

dass dies zu einem föderalen Wettbewerb um die niedrigsten Umweltstandards führen wird. Zeitlich parallel bemühen sich viele Bundesländer – so auch Schleswig-Holstein – die Zuständigkeiten zwischen kommunalen und Landesbehörden neu zu ordnen, Bürokratie abzubauen und Verfahren zu vereinfachen. Wird es gelingen, in den anstehenden Reformen ein handlungsfähiges, effektives und vor allem europataugliches Umweltrecht und eine ebensolche Umweltverwaltung zu gestalten? Dies soll in Vorträgen vom Generalsekretär des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen und vom Justiziar des Landwirtschafts- und Umweltministeriums herausgearbeitet und diskutiert werden.

Ansprechpartner:

Dr. Klaus Kellmann

Jürgen Blucha, Umweltakademie

Referenten:

Ministerialrat Ekkehard Geib, Leitender Justiziar im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

Dr. Christian Hey, Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Berlin

Tagungsort:

Landeshaus, Kiel

Wir in Europa

Beginn: Sonntag, den 22.04.2007

Ende: Donnerstag, den 26.04.2007

Ort: Straßburg, Luxemburg

Kosten: 260,00 €

In Kooperation mit dem Wehrbereichskommando I Küste, der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftswissenschaftler und Volkswirte und dem Arbeitgeberverband Kiel

In einer 5-tägigen Studienfahrt nach Straßburg und Luxemburg werden neben dem Europäischen Parlament weitere europäische Institutionen sowie zwei Industrieunternehmen besucht.

Ansprechpartner:

Dr. Rüdiger Wenzel

Oberleutnant Thomas Vogel, WBK I Küste

Ronald Benter, Sozialministerium

Jürgen Bastians, Arbeitgeberverband

Teilnehmer/innen:

Verbandsmitglieder auf besondere Einladung

Kampf der Kulturen?

Beginn: Dienstag, den 24.04.2007

Ende: Dienstag, den 24.04.2007

um 10:00 Uhr

um 17.00 Uhr

Ort: Rendsburg

Kosten: 10,00 €

Der Westen und der Islam – zwischen Religion, Kultur und Terrorismus

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Volkshochschulen (LV der VHS)

"The Clash of Civilizations" von Samuel Huntington erschien 1996 als "Kampf der Kulturen". Gemeint war der Zusammenstoß der Kulturkreise. Eine Hauptthese Huntigtons ist, dass Kulturkreise die Konflikte nach dem Kalten Krieg bestimmen, der Westen an Einfluss verliere, asiatische Kulturen ihre wirtschaftliche, militärische und politische Macht verstärken,

eine Weltordnung der kulturellen Werte entstehe, der Westen auf den Islam pralle und sich mit China reibe.

Die Kollision der Kulturkreise ist aktueller denn je. Viele islamistische Aktivisten sind gebildete junge Leute, sie sind Fürsprecher und Akteure von Protest, Instabilität, Revolution und von Terror. Muslime heute halten den westlichen Kulturkreis für imperialistisch, dekadent und unmoralisch. Zugleich sind viele Muslime von der Überlegenheit ihrer eigenen Kultur und der Unterlegenheit ihrer Macht überzeugt und meinen, sich gegen den Ansturm des Westens verteidigen zu müssen. So entwickelt sich aus einem Kulturkonflikt der Krake des Terrorismus, der seine Arme auch nach Europa ausstreckt.

Ansprechpartner:

Dr. Klaus Kellmann

Hans Brüller, LV der VHS

Tagungsort:

VHS-Rendsburg, Niederes Arsenal

Wir in Europa

Beginn: Sonntag, den 10.06.2007

Ende: Mittwoch, den 13.06.2007

Ort:

Kosten: 170,00 €

In Kooperation mit dem Wehrbereichskommando I Küste (WBK I) und der Christian-Albrechts-Universität (CAU)

Bei dieser Exkursion werden die wichtigsten Europäischen Institutionen besucht und verschiedene Informationsgespräche über Sicherheitspolitik geführt. Damit erhalten die Teilnehmer einen vertieften Einblick in die besuchten Organisationen und ihre Tätigkeiten.

Ansprechpartner:

Dr. Rüdiger Wenzel

Oberleutnant Thomas Vogel, WBK I

Prof. Dr. Johannes Varwick, CAU

Tagungsort:

Brüssel

Teilnehmer/innen:

Studierende auf besondere Einladung

Wir in Europa

Beginn: Sonntag, den 02.09.2007

Ende: Mittwoch, den 05.09.2007

Ort:

Kosten: 160,00 € 190,00 €

In Kooperation mit dem Wehrbereichskommando I Küste (WBK I) und der Ricarda-Huch-Schule (RHS), Kiel

Dieses Seminar soll über den Stand der europäischen Integration und über die europäische Sicherheitspolitik informieren. Während der 4-tägigen Studienfahrt nach Brüssel und Mons erhalten die Teilnehmer/innen einen tieferen Einblick in die Organisation, den Aufbau und die Arbeitsweise der europäischen Institutionen und der NATO.

Leitung:

Dr. Rüdiger Wenzel,

Kapitänleutnant Kay Belter, WBK I

Ute Müller, RHS

Tagungsorte:

Brüssel und Mons

Teilnehmer/innen:

Wirtschaft/Politik-Schüler/innen auf besondere Einladung

Rechtspopulismus in Europa

Beginn: Mittwoch, den 05.09.2007

Ende: Mittwoch, den 05.09.2007

um 18:30 Uhr

Ort: Kiel

Kosten: 9,00 €

Ursachen, Erscheinungsformen und politischer Machtfaktor

In Zusammenarbeit mit der VHS Kiel

Erschienen sie in den 60er und 70er Jahren noch als schillernde, schnelllebige Phänomene, sind sie inzwischen in einer Vielzahl europäischer Staaten zu fest integrierten Bestandteilen des parteipolitischen Spektrums geworden: rechtspopulistische Parteien und ihre charismatisch-demagogischen, aggressiv-ausländerfeindlichen Führungsfiguren. Ob Carl Hagen in Norwegen, Pia Kjaersgaard in Dänemark, Andrej Lepper in Polen, Viktor Orban in Ungarn, Jean-Marie Le Pen in Frankreich, Filip Dewinter in Belgien, Jörg Haider in Österreich oder Silvio Berlusconi in Italien, überall handelt es sich um Berufspolitiker, die ein wachsendes Wählerpotenzial geschickt für ihre Zwecke zu nutzen wissen, fundamentale Opposition betreiben, in etlichen Staaten aber auch mitregieren bzw. wie in Italien über ganze Legislaturperioden den Ministerpräsidenten stellen. Welche Ursachen hat ihr Erfolg und welche Gefahren beinhaltet die schleichende Tendenz zur plebiszitären Transformation der politischen Systeme Europas? Ist der Populismus eine in sich geschlossene Ideologie oder nur eine mit beliebigen Inhalten kombinierbare Zeiterscheinung? Stellt er eine Gefahr für die Demokratie dar oder ist er "nur" ein legitimes und nützliches Frühwarnsystem unzufriedener, deprivierter Wählerschichten? Diesen Fragen werden wir ländervergleichend nachzugehen haben.

Ansprechpartner:

Dr. Klaus Kellmann,

Gerd Neuner, VHS Kiel

Referent:

Dr. Klaus Kellmann

Tagungsort:

VHS Kiel, Muhliusstraße 29 – 31

Raum 118 (Neubau, Laubengang EG)

7. Bildungsfreistellungsveranstaltungen

Bezeichnung	Veranstaltungsort
Europäische Migrationspolitik II (Aufbau)	Kagel oder andere Orte
Unite, Unite, Europe! - Gemeinsames Europa! - Gerechtes Europa?	Grünheide
52 % - eine Minderheit in Europa? Europapolitik und Frauen	Kirkel
Bulgarien - mit großen Schritten in die EU. Vom "Hungerwinter 96/97" zu steigendem Wachstum und "Kulturhunger" heute	Sofia (Bulgarien)
Leben im neuen Europa. Die Chancen der Osterweiterung und ihr Einfluss auf den Alltag	Göhrde
Europa ohne Verfassung oder fassungslos? Ist die europäische Idee gescheitert - auch in Deutschland? Wie geht es weiter mit der Europäischen Union?	Bad Malente
Spanien und Portugal: Von Diktaturen zu demokratischen Partnern. Die beiden EU-Partner auf der iberischen Halbinsel werden vorgestellt	Bad Malente
Wie geht es weiter in Italien nach den Parlamentswahlen? Ein Blick hinter die Kulissen eines EU-Staates	Bad Malente
Europa in der Krise: Wo steht die Europäische Union? Studiensseminar in Brüssel	Brüssel
Arbeitsbekämpfung, Exportförderung oder Sicherheitspolitik - Welche Ziele verfolgt die Entwicklungspolitik der Europäischen Union? (mit einer zweitägigen Exkursion nach Brüssel)	Hattingen, Brüssel
Mehr Wohlstand und Zusammenarbeit im Dreiländereck? Deutschland, Polen und Tschechien zwei Jahre nach der EU-Osterweiterung (mit Exkursionen)	Görlitz
Jobkonkurrenz, Steuerwettbewerb, Dienstleistungsfreiheit - Nase voll von Europa?	Hattingen
Beschäftigung, Sozialschutz und Arbeitnehmermitbestimmung - Was will die EU (mit zweitägiger Exkursion nach Brüssel)	Hattingen, Brüssel
Das vereinte Europa unter der Lupe: Wirtschaft und Beschäftigung im deutsch-tschechischen Grenzgebiet	Meißen
Die Türken in Deutschland und die europäische Perspektive der Türkei: Sind islamische Tradition und westliche Modernität miteinander vereinbar?	Hattingen
Weichensteller für den ÖPNV - die Europäische Union	Brüssel
Blair Witch Projekt oder EU-Krise - Auf dem Weg zu einer größeren Union mit einer eigenen Verfassung? (mit Exkursionen)	Brüssel (Belgien)
Die Europäische Union im Umbruch	Lübeck-Travemünde
Brüssel als europäische Hauptstadt - Studienreise für Richter und Staatsanwälte	Brüssel
Deutsch-Spanisches Seminar - Binationales Seminar zur Vertiefung der Kooperation im Rahmen der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung in Europa	Madrid
Die Tschechische Republik in Europa	Prag

Europa unter Druck - soziale juristische und polizeiliche Aspekte der Wanderungsbewegungen (Deutsch/Spanisch)	Marienheide
Die Ökonomie des 3. Sektors in Europa, Typ 069.1	Berlin
Deutsch-Britisches Seminar (Binationales Seminar zur Vertiefung der Kooperation im Rahmen der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung in Europa), Typ 228	Berlin
Manifest für ein soziales Europa, Typ 523	Sprockhövel
Deutsch-Polnisches Seminar: Binationales Seminar zur Vertiefung der Kooperation im Rahmen der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung in Europa, Typ 221	Berlin
Referenten/-innen-Weiterbildung zur Durchführung von Seminaren für Jugend- und Auszubildendenvertreter/-innen, Typ 138	Sprockhövel
Heute hier, morgen dort - Arbeiten in Europa?	Grünheide
Europäische Union und öffentlicher Nahverkehr	Brüssel
Europa kennen lernen: Wie funktioniert die EU? (mit einer zweitägigen Exkursion nach Brüssel)	Hattingen/Brüssel
Frankreich: Motor oder Bremsklotz eines sozialen Europas?	Hattingen
Die Europäische Union. Studienreise nach Brüssel	Brüssel
Europapolitische Bildungsveranstaltung "Scandinavien"	Göteborg, Oslo
Polen - der Nachbar in der EU. Breslau - Krakau - Warschau - Posen	versch. Orte in Polen
Europäische Arbeitsmärkte - Offen und zugänglich für alle?	Köln
Der Wahnsinn grassiert oder: Europa und der dreißigjährige Krieg 1618 - 1648	Bad Malente
Europa im Wandel: 50 Jahre Römische Verträge	Kochel am See
Bulgarien - mit großen Schritten in der EU angekommen. Vom "Hungerwinter 96/97" zu steigendem Wachstum und "Kulturhunger" heute	Sofia, Melnik und Bansko (BUL)
Umweltpolitik und Umweltdelikte in der EU	Vlotho
Türkisch-Deutsches Seminar, Typ 095 (Binationales Seminar zur Vertiefung der Kooperation im Rahmen der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung in Europa)	Bostanci-Istanbul (Türkei)
Neue europäische Chemikalienpolitik REACH	Bad Münde
Griechenland als EU-Partner und das deutsch-griechische Verhältnis	Bad Malente
Jobkonkurrenz, Steuerwettbewerb und Sozialdumping: Wohin treibt Europa? (mit Exkursion in den Hamburger Hafen)	Hamburg
Europa im Kleinen - Historische Gräben, politische Zusammenarbeit und europäischer Alltag zwischen Aachen, Lüttich und Maastricht (mit einer zweitägigen Exkursion ins Dreiländereck)	Hattingen und andere Orte
Mehr Wettbewerb oder Sozialdumping? Die EU-Politik und das europäische Sozialmodell (mit einer zweitägigen Exkursion nach Brüssel)	Hattingen, Brüssel
Das vereinte Europa unter der Lupe: Wirtschaft und Beschäftigung im deutsch-tschechischen Grenzgebiet (mit Exkursionen)	Usti nad Labem (Aussig/CS)
Atatürks Erben - Die Türkei zwischen islamischer Tradition, Nationalismus und europäischer Perspektive	Hattingen

Osmanen - Türken - Europäer - Deutsche: Schafft die Türkei den Sprung in die Europäische Union? (mit Exkursion)	Würzburg
Europa wird Fünfzig! Wie geht es weiter mit der Europäischen Union?	Bad Malente
Polizei in Europa (im Rahmen beruflicher Weiterbildung für junge Beschäftigte bei der Polizei)	Warschau (Polen)
Studienfahrt zum Europäischen Parlament	Strasbourg
Rumänien - Medienlandschaft und Ethnische Minderheiten in einem Land vor dem EU-Beitritt	Sibiu oder andere Orte
Litauen - Geschichte und Gegenwart eines jungen europäischen Staates und das deutsch-litauische Verhältnis	Wilna und andere Orte
Ist die Türkei fit für Europa?	Berlin, Istanbul, Ankara
Quo Vadis Europa? - Die Europ. Union und die Innere Sicherheit (Studententagung für Polizeibeamte, Richter, Staatsanwälte und Interessierte)	Trier
Europa in guter Verfassung? Handlungsmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume des Europäischen Einigungsprozesses	Brandenburg oder andere Orte
Tagung für politisch Interessierte in Straßburg auf Anregung des Abg. Steenblock	Straßburg
Estland und Lettland: Die baltischen Staaten zwischen nationaler Selbstbehauptung und europäischer Integration - ein Vergleich	Tallin, Riga u.a.
Die gewandelte politische und gesellschaftliche Wirklichkeit Ungarns am Beispiel seiner Hauptstadt Budapest (1 x Juli, 1 x Okt. 2006)	Budapest
Die Rolle der Gewerkschaften im vereinten Europa	Springe
Europa für Fortgeschrittene - Auf dem Weg zu einem demokratischen parlamentarischen Europa (MO 03 060702 02)	Mosbach oder andere Orte
Europa im Griff der organisierten Kriminalität - Studententagung für Polizeibeamte, Richter, Staatsanwälte und Interessierte	Trier
Studienfahrt zum Europäischen Parlament auf Anregung des MdEP Willi Piecyk	Strasbourg
Europa und die Welt: Gewerkschaften und Globalisierung (MO 03 060917 03)	Mosbach oder andere Orte
Grenzüberschreitungen im "Dreiländereck" - Erkundungen im deutsch/polnisch/tschechischen Grenzgebiet (SF 03 060917 03)	Saalfeld und andere Orte
Die Rolle der Gewerkschaften im vereinten Europa	Springe
Deutschland - Schlusslicht der EU? (SF 03061127 05)	Saalfeld oder andere Orte
"Europa für Anfänger - wie funktioniert Europa?" (MO 02 061119 02)	Mosbach oder andere Orte
Europa im Umbruch - Aus 15 werden 25 - Die Erweiterung der EU (WA 03 070219 06)	Walsrode oder andere Orte
Arbeitsrecht der EU	Walsrode o.a.O.
Kleine Geschichte Europas - Der Traum von "Europa" und seine zahlreichen Gegner (SF 03 071112 03)	Saalfeld oder andere Orte

Istanbul - 2500 Jahre Metropole auf zwei Kontinenten - Ein Einblick in die Geschichte und Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zur Bundesrepublik und zur EU (1März, 1 x Okt. 07)	Istanbul
Litauen: Geschichte und Gegenwart eines jungen europäischen Staates und das dt.-lit. Verhältnis	Vilnius und andere Orte
Studienfahrt zum Europäischen Parlament in Straßburg	Straßburg
Rumänien/Siebenbürgen - Ein Land voller Naturschönheiten und Heimat vieler Kulturen steht heute vor einer ungewissen Zukunft	Klausenburg und andere Orte
EU und die Auswirkungen auf die Tarifpolitik (BE 0307070803)	Berlin oder andere Orte
EU und Verbraucherschutz und der Nachhaltigkeitsgedanke (BE 0307081901)	Berlin o.a.O.
Europa vor Ort: Straßburg und die Europäische Union - Informationsreise zum Europäischen Parlament	Strasbourg
Istanbul - 2500 Jahre Metropole auf zwei Kontinenten - Ein Einblick in die Geschichte und Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland und zur Europäischen Union	Istanbul
Krakau - Die gewandelte politische und gesellschaftliche Wirklichkeit Polens am Beispiel Krakau (1x Aug., 1 x Okt. 2007)	Krakau
Menschenrechte in Gefahr: Internationale Entwicklungen im Bereich des Völkerrechts (BA 03 070513 03)	Brannenburg oder andere Orte
Handlungsmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume im europäischen Einigungsprozess (BA 03 070603 01)	Brannenburg oder andere Orte
Europa und die USA - Geschichte und Gegenwart einer schwierigen Beziehung (MO 03 070708 06)	Mosbach oder andere Orte
Saalfelder Sommerschule: Wie weiter Europa? - Probleme und Perspektiven der europäischen Einigung (SF 03 070709 04)	Saalfeld
Bratislava und Slowakei - Vom Mauerblümchen zur Schönheit Europas?	Bratislava
Multinationale Finanzbetriebe in Europa	Hitzacker
Die Bedeutung der EU für die Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern am Beispiel der Beschäftigungs- und Sozialpolitik (Kooperationsveranstaltung mit "Arbeit und Leben MV")	Brüssel
Estland und Lettland: Die baltischen Staaten zwischen nationaler Selbstbehauptung und europäischer Integration	Riga, Tartu
Die Europäische Union: Institutionen und Interessenvertretung der Politikfelder Innen und Justiz	Königswinter, Brüssel, Den Haag
Studienfahrt zum Europäischen Parlament in Straßburg	Straßburg
Europa im Umbruch - Aus 15 werden 25 - die Erweiterung der EU (WA 03 070917 05)	Walsrode oder andere Orte
Mehr als nur Urlaubsländer....die "Idee" Europa - Bildungsreise - (für TN bis zum 27. Lebensjahr)	Valencia

Kommunen und Wirtschaft stellt Sie eine breite Angebotspalette von EU Beratungs-, Betreuungs- und Finanzierungsdienstleistungen zur Verfügung. Nutzen Sie unseren Service, um sich rechtzeitig den neuen Herausforderungen zu stellen.

Information

- Auskünfte und Informationsveranstaltungen über EU-Fördermöglichkeiten
- Recherche zu EU-Vorschriften und öffentlich ausgeschriebenen Aufträgen
- Vierteljährliche Herausgabe des "Eurobriefs" zusammen mit dem Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein

Förder- und Antragsberatung

- Beratung über Fördermöglichkeiten
- Unterstützung bei der Antragstellung und Projektabwicklung

Kooperationsvermittlung und Kontakte

- Suche und Zusammenführung von Kooperationspartnern sowohl für Handel, Produktion und Dienstleistungen, als auch für Gemeinschaftsunternehmen und gemeinsame EU-Förderanträge
- Zentraler Ansprechpartner der "EU-Arbeitsgruppe für KMU" (mit EU-Fragen befasste Institutionen Schleswig-Holsteins)
- Intensiver Austausch im europaweiten Euro Info Centre Netzwerk
- Vermittlung von Ansprechpartnern in EU-Institutionen und nationalen Kontaktstellen

Ansprechpartnerinnen

Susann Henning
Tel: (0431) 9905-3499
Fax: (0431) 9905-3207

Annegret Meyer-Kock
Tel: (0431) 9905-3497
Fax: (0431) 9905-3207

Cornelia Pankratz
Tel: (0431) 9905-3270
Fax: (0431) 9905-3207

Veronika Vollert
Tel: (0431) 9905-3496
Fax: (0431) 9905-3207

Büro Brüssel

Seit Oktober 1998 ist die Investitionsbank Schleswig-Holstein mit einem Verbindungsbüro in Brüssel vertreten. Durch die räumliche Nähe zu den Entscheidungsträgern und Multiplikatoren auf der europäischen Ebene können Beratungs- und Betreuungsaufträge der Investitionsbank zu europäischen Themen schnell und effektiv umgesetzt werden. Weitere Angaben und Programme werden bei europäischen Institutionen akquiriert und Fördereffekte für schleswig-holsteinische Unternehmen und Kommunen nutzbar gemacht.

Vorgesehene Aktivitäten

Im Rahmen des Projektes sind folgenden Aktivitäten vorgesehen:

- Schaffung eines grenzüberschreitenden Experten- und Akteurnetzwerks zur effizienten Wissens- und Informationsvermittlung und regelmäßigem Erfahrungsaustausch,
- Aufbau von Energiemanagement / Energieberatung in ausgewählten Betrieben und Kommunen,
- Erarbeitung von Finanzierungsinstrumenten (insbesondere Einführung von ÖPP und Contracting),
- Auswertung, Bewertung und Evaluation von verschiedenen EDV-Berechnungstools und deren Nutzung zur Verbesserung der Energieeffizienz bei KMU.

Durchführung des Projekts

Die vorgesehenen Aktivitäten gliedern sich in folgende Einzelschritte:

- Durchführung von Energieberatungen für Gewerke, Gebäude, Anlagentechnik und Produktionsprozesse bei KMU,
- Einführung eines kommunalen Energiemanagements (Erfassung und Analyse der Gebäudedaten sowie des Energie- und Wasserverbrauchs in vergleichbaren energieintensiven Objekte),
- Ausstellung von Gebäudeenergiepässen mit Sanierungsvorschlägen gemäß der Europäischen Gebäuderichtlinie,
- Analyse der verfügbaren Finanzinstrumente und Entwicklung von Contracting-Modellen zur Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmenkataloge.



Struktur des EnerKo-Projekts

Projektpartner: Projektinitiatoren und –verantwortliche

[Energieagentur der Investitionsbank Schleswig-Holstein](#)
[Syd Energi Net A/S](#)

Weitere mitwirkende Partner

[Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein](#)
[Handwerkskammer Flensburg](#)
[IHK zu Flensburg](#)
[Universität Flensburg](#)
[Städteverband Schleswig-Holstein](#)
[Gemeindeflag Schleswig-Holstein](#)
[Stadtwerke Flensburg GmbH](#)
[EnergieSystemeNord \(ESN\)](#)
[Enervision A/S](#)
[Syddansk Universitet](#)
[Sønderjyllands Erhvervscenter](#)

Das INTERREG III A-Projekt EnerKo teilt sich in das

[Teilprojekt für Unternehmen](#) sowie das
[Teilprojekt für Kommunen.](#)

[Projektinformation als Download.](#)

[Hier finden Sie alle Informationen zu den Veranstaltungen im Rahmen des EnerKo-Projekts.](#)

Projektleitung

Hans Eimannsberger
Energieagentur
Investitionsbank Schleswig-Holstein
Fleethörn 29-31
D 24103 Kiel
Besuchsadresse:
Gartenstraße 9
D 24103 Kiel
Tel.: (0431) 9905-3660
Fax: (0431) 9905-3652
hans.eimannsberger@ib-sh.de

Projektkoordination

Hauke Janzen
Energieagentur
Investitionsbank Schleswig-Holstein
Fleethörn 29-31
D 24103 Kiel
Besuchsadresse:
Gartenstraße 9
D 24103 Kiel
Tel.: (0431) 9905-3675
Fax: (0431) 9905-3652
Hauke.Janzen@ib-sh.de

Kundenbetreuung Kommunen

Stefan Müller
Bereich Kommunen
Investitionsbank Schleswig-Holstein
Fleethörn 29-31
D 24103 Kiel
Besuchsadresse:
Gartenstraße 9
D 24103 Kiel
Tel.: (0431) 9905-3263
Fax: (0431) 9905-3652
stefan.mueller@ib-sh.de

9. Homepages und Infobriefe für Schleswig-Holstein

Homepage der Europaabteilung des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa

http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MJAE/Europa__Ostsee/Information/Europa/Europapolitik/europapolitik__schwerpunkte__ansprechpartner.html

Schleswig-Holstein in Europa - Schwerpunkte und Ziele

Europapolitik ist auch Länderpolitik - denn immer mehr Themen werden auf europäischer Ebene geregelt, die gerade für die deutschen Länder wichtig sind. Dazu gehören zum Beispiel die Regional- und Wirtschaftspolitik, die Umweltpolitik oder auch der Einsatz der Fördermittel der EU. Das bedeutet: Europa ist (auch) das, was wir in Schleswig-Holstein daraus machen!



Schleswig-Holsteins Europapolitik findet immer stärker auch in Berlin und Brüssel statt. Gleichzeitig entscheiden die deutschen Länder immer stärker in europäischen Angelegenheiten mit. Dies geschieht einmal im Bundesrat, durch den die Länder an der Europapolitik der Bundesregierung mitwirken. Aber wir vertreten unsere Interessen auch direkt gegenüber der EU. Schleswig-Holstein und Hamburg haben dafür das Hanse Office in Brüssel eingerichtet.

Schließlich gibt es in Schleswig-Holstein einen weiteren Pfeiler des europapolitischen Engagements: die Partnerschaften mit Regionen in Europa. Mit ihr wird die Zusammenarbeit mit unseren Partnern in den Ostsee-Staaten und mit der französischen Region Pays de la Loire stetig ausgebaut.

In Schleswig-Holstein ist die Europapolitik seit April 2005 beim Minister für Justiz, Arbeit und Europa angesiedelt. In der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten werden die Grundsatzfragen der Europapolitik des Landes bearbeitet.

Weitere wichtige Aufgaben der Europaabteilung sind:

- die Ostseepolitik der Landesregierung, die die gemeinsamen Interessen Schleswig-Holsteins, seiner Partnerregionen und Partnerorganisationen in den Ostsee-Anrainerstaaten formulieren und verwirklichen soll;
- der verstärkte Einsatz von EU-Förderinstrumenten und Förderprogrammen in Schleswig-Holstein;
- die Information der breiten Öffentlichkeit und spezieller Zielgruppen über europäische Themen, die für Schleswig-Holstein von besonderem Interesse sind.

Ansprechpartner

Ostseezusammenarbeit

Dr. Gunter Hesse

E-Mail: gunter.hesse@jumi.landsh.de

Tel.: +431 988-2113

Fax: +431 988-3894

Interregionale Europäische Kooperation

Dietrich Seele

E-Mail: dietch.seele@jumi.landsh.de

Tel.: +431 988-2120

Fax: +431 988-3894

Europapolitik

Klaus Suchanek

E-Mail: klaus.suchanek@lv.landsh.de

Tel.: +30 72629-0627

Fax: +30 72629-0505

Europapolitische Planung, Zielgruppenarbeit

Hans-Peter Mallkowsky

E-Mail: hans-peter.mallkowsky@jumi.landsh.de

Tel.: +431 988-2140

Fax: +431 988-3894

Subsidiaritätskontrolle/Ausschuss der Regionen

Markus Stiegler

E-Mail: markus.stiegler@jumi.landsh.de

Tel.: +431 988 - 2148

Fax: +431 988 - 3894

Stabsstelle INTERREG A und EU-Förderung in Schleswig-Holstein

Hans-Joachim Marezoll

E-Mail: hans-joachim.marezoll@jumi.landsh.de

Tel.: +431 988-2130

Fax: +431 988-3894

Hanse-Office

20. Avenue Palmerston

B-1000 Brüssel

E-Mail: info@hanse-office.de

Telefon aus Deutschland: 0032.2. 285 46-40

Telefax aus Deutschland: 0032.2. 285 46-57

Ausführliche Informationen über das Hanse-Office finden Sie im Internet unter www.hanse-office.de.

Weitere Informationen:

[Bericht: Erste Bewertung für Strukturfondsverordnungsvorschläge der Europäischen Kommission](#)

[Europabericht 2006](#)

[Die Finanzmittel der EU: Reform der Strukturpolitik ab 2007](#)

zurück zur Übersicht "[Europapolitik in Schleswig-Holstein](#)"

Absender: Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa

Internetseite Hanse Office

www.hanse-office.de



Hanse-
Office



Hanse-
Office



20 Jahre Hanse-Office

Seit nunmehr 20 Jahren vertritt das Hanse-Office als gemeinsame Einrichtung der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein bei der Europäischen Union erfolgreich die Interessen beider Länder bei den europäischen Institutionen.

Zu unseren Aufgaben gehört die frühzeitige Information über EU-Politiken, Rechtsetzungsverfahren und Förderprogramme. Gleichzeitig präsentieren wir die Vielfalt Hamburgs und Schleswig-Holsteins mit Veranstaltungen, Begegnungen und kulturellen Ereignissen in Brüssel.

Am 13. und 14. Juli 2005 haben wir unser zwanzigjähriges Jubiläum gebührend gefeiert. Am 13. Juli begeisterte der deutsche Schauspieler Dominique Horwitz im bis auf den letzten Platz besetzten Théâtre du Residence in Brüssel mit Liedern von Jacques Brel, einem für die belgische und insbesondere für die Brüsseler Musikgeschichte besonders

Kontakt Daten

Hanse-Office
Avenue Palmerston 20
B - 1000 Brüssel
Tel. +32-2-285.46-40
Tel. (040) 42.609-40 (aus
Deutschland)
Fax +32-2-285.46-57
Email: [info@hanse-
office.de](mailto:info@hanse-office.de)

bedeutenden Komponisten, Dichter und Chansonsänger. Am 14. Juli luden der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Ole von Beust, und der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, Repräsentanten aus EU-Organisationen, Mitgliedstaaten und Botschaften zu einem Empfang in das Hanse-Office ein. Der Vizepräsident der Kommission, Herr Günther Verheugen, richtete einleitende Grußworte an die Gäste.

Wir freuen uns, auch in der Zukunft unseren Landesregierungen und ihren Verwaltungen, aber auch der Wirtschaft unserer beiden Länder, vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen, Kammern und Verbänden sowie allen sonstigen gesellschaftlichen Einrichtungen, Gruppen und Einzelpersonen ein Lotse durch die Institutionen der Europäischen Union zu sein.

22.07.2005

Logo Eurobrief

Eurobrief

EU – Informationen für Schleswig-Holstein

Dezember 2006



Logo Hanse Office Newsletter



HANSE-OFFICE-NEWSLETTER

VORSCHAU FEBRUAR 2007